

# GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 8, September 2010 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz



IGINO!RANCIA

## volks<sup>2010</sup>hausfest

Herbstbeginn mit Vesna

Acht Bands und InterpretInnen – unter ihnen Vesna Petkovic – sorgen beim Volkshausfest 2010 für Stimmung. Kommen Sie vorbei und hören/schauen Sie sich das an. Mehr auf Seite 28.



11. September, ab 15 Uhr,  
VOLKShaus Graz, Lagergasse 98a

Wir verraten Euch nie!



Claudia Klimt-Weithaler

**KPO**  
Liste 3 **wirkt**

foto: michaela grabner www.vesnapetkovic.com



**MEINUNG**

Von  
Andreas  
Fabisch,  
Gemeinderat  
(KPÖ)

# Nicht mit uns!

Ist heutzutage im Grazer Bauwesen alles möglich? Es scheint so. Vermutlich wird Bauwerbern von Beginn an schon zugesichert, dass ihren völlig überzogenen Projekten kaum Grenzen auferlegt werden. Horrende Baudichteüberschreitungen (Muchargasse/Laimburggasse um 128%), Missachtung von Frischluftschneisen und des Denkmalschutzes, ja, nicht einmal ablehnende Gutachten von Sachverständigen (Rosenberggasse) stellen einen Grund dar, Bauvorhaben reduzieren zu müssen. Die dadurch entstehende Belastung für die Anrainerinnen und Anrainer wird bagatellisiert. Schließlich geht der Profit ja vor.

Dieses Spiel macht die KPÖ sicher nicht mit. Wenn auch die Mehrheit im Gemeinderat oder in den Ausschüssen meist anders entscheidet, gilt unsere Stimme stets den Interessen der Bevölkerung und nicht der Baulobby.

Manchmal gibt es für unsere kritische Haltung in Sitzungen auch vereinzelt Unterstützung aus anderen politischen Gruppierungen (z.B. Mucharg./Laimburgg.), leider waren wir aber die einzige Partei, die das Monsterprojekt der Rosenberggasse in der Berufungskommission abgelehnt hat!

**MIT UNS NICHT.** Sicher nicht. Und das ist in allen Protokollen nachzulesen...

KPÖ-Gemeinderat  
Andreas Fabisch

## ABRISSBAGGER STATT ALTSTADTSCHUTZ

# Bausünden in Graz

Der Abriss des Castellhofs zeigt, dass historische Bauten, grüne Nischen und Lebensqualität der Anrainer für den Bürgermeister weniger zählen als hohe Baudichten und Gewinne der Bauherren.

Am 8. Juli ging wieder ein Stück Grazer Geschichte verloren. In einer Schnellaktion hat der Bauträger SOB mit zwei Baggern den Castellhof in der Kolpinggasse in einen Haufen Schutt verwandelt; man hatte offensichtlich Angst vor einer neuen Untersuchung durch das Denkmalamt. Das mehrere hundert Jahre alte Haus, in dem die erste Grazer Fahrradschule daheim war, lag knapp außerhalb der Altstadt-Schutzzone. Der Ruf nach mehr Altstadtschutz wird lauter.

### Große Empörung

KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch ist entsetzt über diese Vorgehensweise und über die Versäumnisse der Politik: *„Der ressortzuständige Bürgermeister hätte das Vorhaben durch eine Weisung stoppen können für eine neue Prüfung durch das Denkmalamt. Doch*

*Denkmalschutz hat in Graz offenbar keinen Stellenwert mehr, sondern wurde längst den höchstmöglichen Profiten geopfert. Das ist ein skandalöser Umgang mit unserer Baugeschichte.“*

Der Castellhof ist nur ein Beispiel dafür, wie mies in Graz oft mit alten Bauten umgegangen wird. Die Häuser werden dem Verfall preisgegeben. Weil Behörden und politisch Verantwortliche den Spekulanten kaum auf die Zehen steigen, dürfen sogar denkmalgeschützte Bauten weggeschoben werden, wenn die Sanierung wirtschaftlich plötzlich nicht mehr zumutbar scheint. Das Paradebeispiel dafür ist das Kommodhaus, das 2003 geschleift wurde.

Damit nicht genug. Alte Häuser oder unverbaute Flächen werden durch möglichst wuchtige Neubauten ersetzt.



Sogar die Baudichte darf überschritten werden, wenn sich irgendeine raumplanerische Erklärung dafür findet. Möglich ist das, seit der damalige FPÖ-Landesrat Schögl das Baugesetz ändern ließ, um dem Bauamtsgebäude beim Hauptbahnhof den Makel des Schwarzbaus zu nehmen.

Derartige „Monsterbauten“ sorgen für großen Empörung. In der Muchargasse soll ein siebenstöckiger Block an maximal dreigeschoßige Altbauten angrenzen. Und in



Im Kulturhauptstadtjahr 2003 machte die WEGRAZ das Kommodhaus dem Erdboden gleich. Das Haus in der Altstadt war das erste Grazer Opernhaus und stand unter Denkmalschutz. Seit Jahren wird an dieser Stelle ein Bauwerk einer Stararchitektur angekündigt.



Tatort Lendplatz: Vom Vorstadtcharakter ist hier kaum etwas übrig geblieben. Zuletzt wurde das Haus Nr. 38 ein Opfer der Abrissbirne, obwohl die Altstadtkommission wegen des „vorstädtischen biedermeierlichen Charakters“ dagegen war. Die Baulobby ignorierte die Kommission.



Alarmstufe rot: Das Haus Franz-Josef-Kai 36 (erwähnt schon 1596) gilt laut ASVK-Chefin Gertrude Celedin als „heißes Eisen“. Es sei fast unbewohnt und verfallend quasi unbemerkt. Altstadtanwalt Rupprecht hat die Stadt schon zu Jahresbeginn gewarnt – ohne Reaktion.

Ruck-zuck abgerissen wurde der Castellhof in der Kolpinggasse – Bürgersprecherin Sarah Andersson ist entsetzt. Einst war hier die erste Grazer Radfahrerschule zu Hause. Der Bauträger SOB baut nun ein 6-stöckiges Wohnhaus.



der Rosenberggasse kämpft die IG Geidorf gegen einen 75 m langen und 26 m hohen Wohnblock in einem Garten. Trotz Gutachtens, dass beides nicht ins Ensemble passt, beharrt die Baubehörde auf einer Bewilligung. Allgemein wird auch massiver Druck auf die Berufungskommission ausgeübt – man droht mit Klagen wegen Amtsmissbrauchs in der Muchar- und Rosenberggasse – damit diese den Protesten der Anrainer nicht recht gibt, sagt Kommissionsmitglied Fabisch.

Er fordert eine Gesetzesänderung, die für illegale Bauten keine Schlupflöcher mehr offenlässt.

## Alarm in der Schutzzone



**Haus Griesgasse 30.** Die Eigentümerin, die Ärztehaus GmbH, gibt es durch Abdeckung systematisch dem Verfall preis. „Vor zwei Monaten war das Dach noch in Ordnung. Inzwischen hat man das Dach abgetragen. Wartet man auf den totalen Verfall und die Abrissgenehmigung?“, fragt Bürgersprecher Thomas Habianitsch. Das Haus liegt in der Altstadt-Schutzzone.

**Problematische Neubauten:** Die Bürgerinitiative Geidorf kämpft gegen ein „Monsterprojekt“ in der Rosenberggasse. In einem Garten soll ein 75 m langer und 26 m hoher Wohnblock entstehen. Bei einem Projekt in der Muchargasse will man die zulässige Baudichte um 128% überschreiten!

## MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

# Nicht mit dem Finger zeigen!

Liebe Grazerinnen und Grazer!



**A**uf der einen Seite wissen viele Leute nicht mehr, wie sie ihre Miete bezahlen können – auf der anderen Seite findet man bei einem verhafteten Bankier 140.000 Euro in bar.

Auf der einen Seite muss man aufpassen, dass man wegen einer Kleinigkeit nicht eine saftige Strafe bekommt – auf der anderen Seite spazieren Politiker und ihre Günstlinge, die bei dubiosen Geschäften riesige Provisionen kassiert und nicht versteuert haben, frei herum. Und Lobbyisten, die von Unternehmen wie der ÖBB, Telekom oder der EADS (produziert den Eurofighter) Millionen für nicht nachvollziehbare Leistungen kassieren.

Auf der einen Seite hat der Staat kein Geld, um dringende soziale Probleme zu lösen – auf der anderen Seite

ist er zur Selbstbedienungsanstalt für die Superreichen geworden.

Dabei spielen alle Parteien mit, nicht nur FPÖ und BZÖ. Auch Ex-Kanzler Gusenbauer (SPÖ) hat 60.000 Euro von jener Kärntner Skandalbank kassiert, an der (das darf man nicht vergessen) die „hochseriöse“ und VP-nahe GRAWE beteiligt war.

**S**o schaut es in unserem Land aus. Trotzdem zeigen manche Politiker mit dem Finger auf Menschen, die fast nichts besitzen, und nennen sie Sozialschmarotzer.

Wie soll man dann jene Manager und Politiker bezeichnen, die in die jetzigen Skandale verwickelt sind?

... fragt Ihre Stadträtin

Elke Kahr Tel. 872 20 60  
stadtraetin.kahr@stadt.graz.at

## KLEIN, ABER MIT BISS



Vor jeder Wahl gibt es immer neue Luftprojekte. Da gondelt unser Steuer-geld die Mur hinunter.

## INHALT

Wohnbeihilfe - alt oder neu?.....	4
Maklerprovisionen gekürzt .....	5
Feuerwehr: Weniger statt mehr.....	6
Europasteuern? Nein danke! .....	7
Bessere Gesundheit.....	8/9
Pensions-„Experten“ .....	10
Hungerstreik gegen Glücksspiel .....	11
Haftung für 400 Millionen .....	12
Aus Stadt und Land .....	13 – 17
Grazer Spielplätze.....	18
Schererpark / Urlaub.....	19
Korruptions-Europameister .....	20
Tipps zu Schulbeginn .....	21
Rettet die Mur .....	22
Georg Kreisler kommt.....	23
Bezirksnachrichten.....	24/25
Kleinigkeiten, Impressum..	26/27
Volkshausfest-Programm.....	28

ZITIERT

„Wer meint, soziale Probleme ließen sich durch Spenden Reicher lösen, irrt gewaltig. Auch wenn sich durch Spenden viel Gutes bewirken lässt, taugen sie nicht als Heilmittel für eine verfehlte Politik. Man sollte auch nicht vergessen, dass die unendlichen Profite, die die Superreichen gemacht haben, durch eine Politik zu ihren Gunsten überhaupt erst ermöglicht wurden.“  
Sahra Wagenknecht, deutsche Parlamentarierin (Die Linke)



„Mit dem Krankjammern des Pensionssystems sollen die Menschen verunsichert werden. Offenbar will man sie den privaten Pensionsversicherern in die Arme treiben“  
Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB

„So ein Paket hat Österreich seit 1945 nicht gesehen“  
Finanzminister Josef Pröll über das Budget 2011 („Presse“, 25. 8. 2010)

**Unsinnige Grüne Zonen**

„Viele Ausweitungen der grünen Zonen sind Unsinn“. Das brachte KPÖ-Stadträtin Elke Kahr im Stadtsenat zur Sprache. Z.B. der Neufeldweg. Da parken ausschließlich Anwohner, bei denen die neuen Grünen Zonen großen Unmut ausgelöst haben. Sie müssen um eine – kostenpflichtige – Ausnahmegenehmigung ansuchen. Es wird überlegt, die Grünen Zonen am Neufeldweg wieder abschaffen. Darüber hinaus sollen im Oktober alle Grünen Zonen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden.

ÖVP DROHT MIT KÜRZUNG DER WOHNBEIHLIFE



**Wohnen macht arm**

Die Wohnbeihilfe soll – anstatt nach fünf Jahren endlich wertangepasst zu werden – in die alte Form zurückgeführt und gekürzt werden. Die KPÖ wehrt sich gegen immer weitere die Belastungen der Steirerinnen und Steirer.

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Die Wohnbeihilfe NEU soll Wohnen für alle Menschen in der Steiermark leistbar machen.“

Das sagten Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Flecker im Jahr 2005. Neu war damals ein leichter Zugang sowie die Berücksichtigung der Betriebskosten.

Nach der Landtagswahl am 26. September droht der Hammer: Die Bundesregierung will ihr Bankenrettungspaket durch Einsparungen bei der Wohnbauförderung finanzieren. ÖVP-Schützenhöfer ist

mit von der Partie und will die Wohnbeihilfe in ihre alte Form umwandeln. Ein sozialpolitischer Super-GAU, der unzählige Menschen in den Abgrund stürzen könnte.

Schützenhöfer hofft auf einen Gewinn von 30 Millionen Euro – zu Lasten der ärmsten Mieter in der Steiermark, zum Vorteil für die maroden Banken, so KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Immer öfter kommen Menschen ins Büro der Wohnungsstadträtin, denen trotz Wohnbeihilfe nach Abzug von Miete und Betriebskosten gerade 100 Euro pro Monat zum Leben bleiben. Wenn die Wohnbeihilfe ALT wiederkommt, bleibt diesen Menschen gar nichts mehr fürs tägliche Leben.

Statt derartiger ungerechter Belastungspläne sollte die Wohnbeihilfe der Geldentwertung angepasst werden, sagt Elke Kahr. Fälle wie jener der Pensionistin Frau R., die heuer pro Monat knapp 40 Euro weniger hat als bei Einführung der Wohnbeihilfe

Neu 2005, kommen oft vor. Elke Kahr: „Man sollte bei den Millionären Steuern kassieren und nicht die Mieter aus den Wohnungen treiben.“

Die KPÖ kämpft seit Jahren um die Wertanpassung der Wohnbeihilfe. „Aber wir werden nicht locker lassen“, verspricht Elke Kahr. Ebenso wenig wie im Einsatz für mehr öffentliche Wohnbauten. Diese sind als Gegengewicht zum privaten Wohnungsmarkt dringend notwendig.

Warum wird nicht statt zweifelhafter Groß-Bauprojekte mit wenig Nutzen mehr sozialer Wohnbau betrieben, fragt die KPÖ.

**Wohnbeihilfe ALT (von ÖVP geplant)**

- Weniger Anspruchsberechtigte
- Weniger Geld für Familien und Einzelpersonen mit niedrigem Einkommen
- Keine Förderung der Betriebskosten

**RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN**

**Mieterschutzverband Sparbersbachgasse 61**  
Tel. 0316 / 38 48 30  
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)  
Sprechstunden – Bitte um telefonische Voranmeldung!  
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr  
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr  
[www.mieterschutzverband.at](http://www.mieterschutzverband.at)

Gemäß § 20a des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes 1993 wird Ihnen folgende Wohnbeihilfe gewährt:

Berechnungsgrundlagen für den Zeitraum von 01.09.2010 bis 31.08.2011.			
Personenanzahl: 2;	monatl. Gesamteinkommen: 1.379,41;		
Wohnungsgröße: 75,00 m <sup>2</sup> ;	anrechenbarer Wohnungsaufwand: 229,00		
	inkl. Betriebskostenpauschale: 109,20		
	abzgl. zumutbarem Wohnungsaufwand: -217,78		
		EUR:	11,22
<b>monatliche Wohnbeihilfe</b> =====			

Für die Steiermärkische Landesregierung  
Die Fachabteilungsleiterin:  
Mag. Barbara PITNER

Bis letztes Jahr bekam Familie W. eine Wohnbeihilfe von etwas mehr als 100 Euro. Aufgrund einer Pensionserhöhung von 10 Euro beträgt die Wohnbeihilfe jetzt nur noch 11 Euro, weil die Landesregierung eine Wertanpassung verabsäumt hat.

## ERSPARNIS FÜR MIETER Maklerprovisionen sinken

Die jahrelange Forderung der KPÖ nach Senkung der Maklerprovisionen wird verwirklicht.

Am 1. September 2010 trat die entsprechende Verordnung des Wirtschaftsministeriums in Kraft. Dazu hat auch eine von der KPÖ initiierte Petition des Grazer Gemeinderates beigetragen.

Die wichtigsten Details der neuen Verordnung:

- Die Höchstprovision für Wohnungen wird von 3 auf 2 Monatsmieten gesenkt.
- Für die Vermittlung von Wohnungen mit 3-Jahresmietverträgen soll künftig nur noch eine Monatsmiete verlangt werden dürfen.

Darüber hinaus ist in der Verordnung festgelegt, dass die Folgeprovision, die bei einer Verlängerung des befristeten Mietvertrages oder Umwandlung in ein unbefristetes Mietverhältnis fällig werden kann, maximal einen halben Bruttomonatsmietzins betragen darf.

Elke Kahr: „Diese Verordnung ist ein Erfolg. Es hat viele Jahre angestrengten Kampfes gedauert, bis es dazu gekommen ist. Wir treten darüber hinaus weiterhin für die voll-

ständige Abschaffung der Maklerprovisionen für Mieter ein.

Es ist nicht einzusehen, dass Immobilienmakler mit der Wohnungsnot von Menschen Profite machen. Österreich soll sich ein Beispiel an Ländern wie Norwegen, Holland oder Irland nehmen, wo Mieter überhaupt keine Provisionen für Wohnungen zahlen müssen. Immobilienmakler sollen sich ihre Dienstleistungen von den Vermietern bezahlen lassen.“

# Mieter-Notruf

Tel. 0316 717108

**Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten. Mit KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr**

## BAUPROJEKT NAHE SCHLOSS EGGENBERG Welterbe verpflichtet



Neben der Altstadt gibt es in Graz nun mit dem Schloss Eggenberg ein zweites UNESCO-Weltkulturerbe. Grazer Aktivbürger warnten im Sommer vor der Aberkennung des eben erlangten Welterbe-Titels für das Schloss Eggenberg wegen eines Monster-Bauprojekts in unmittelbarer Nähe des Schlosses (Baiernstraße). Sie fordern einen sorgsameren Umgang der Stadt mit ihren historischen Bauten. KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch: „Weltkulturerbe bedeutet Verantwortung, alle Bauvorhaben in der Umgebung sind besonders sensibel zu betrachten“.

### Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

#### Schärfere Gesetze?

Verlost werden T-Shirts und kleine Buch- und Sachpreise.  
*Bauherren reißen historische Häuser ab und überschreiten die Regeln massiv. Helfen da strengere Gesetze?*

**Ja**       **Nein**

Eigene Gedanken und Anregungen:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Ich möchte regelmäßige Informationen über die Arbeit der KPÖ erhalten

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL)



An das  
**Grazer Stadtblatt**  
stadtblatt@kpoe-graz.at

c/o KPÖ-Graz  
Lagergasse 98a  
8020 Graz

Fax: 71 62 91

## WENIGER FEUERWEHR IST WENIGER SICHERHEIT Bei der Feuerwehr brennt's

In der Ferienpause drückte die ÖVP überfallsartig bei der Feuerwehr „Einsparungen“ durch. Das Ziel: Weniger Feuerwehrleute für Graz.

Bei der Grazer Berufsfeuerwehr ist Feuer am Dach. In einer Hau-Ruck-Aktion hat die ÖVP in den Sommerferien im Stadtsenat Verschlechterungen für die Feuerwehr und die Sicherheit der Grazer durchgedrückt. Letztlich sollen 16 Dienstposten gestrichen werden.

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr protestierte gegen die Streichungspläne. Auch die Personalvertretung und der Personalausschuss haben sich mit großer Mehrheit dagegen ausgesprochen.

Elke Kahr: „Es ist genau so

wie beim Personalabbau bei der Exekutive. Zuerst hat die ÖVP/BZÖ-Regierung die Streichung von Planposten durchgesetzt. Und jetzt fordert man selbst – angesichts der eingetretenen negativen Folgen – mehr Polizei.“

Mit der Sicherheit darf man nicht spielen. Ein Personalabbau bei der Feuerwehr kann negative Folgen haben, weil die Aufgaben der Feuerwehr weit über die Brandbekämpfung hinausgehen. Es geht um die Sicherheit der Grazer Bevölkerung, die darauf zählen muss, dass die Feuerwehr in Notfällen auch personell entsprechend ausgestattet ist.



Nicht wünschenswert: Weniger Personal für die Grazer Feuerwehr

### SOZIALPASS



Gut Ding braucht Weile, heißt es. In Sachen Sozialpass ist die Geduld jedoch am

Ende. Am 19. September 2007 hat der Gemeinderat einen dringlichen KPÖ-Antrag zur Einführung beschlossen. Er soll das Leben für Grazer mit wenig Geld günstiger und einfacher machen. Seither zieht sich die Umsetzung wie ein ausgelutschter Kaugummi.

„Graz hinkt hinter vielen Städten wie Linz, Wien, Salzburg oder Kapfenberg her“, ärgert sich KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann. Dabei habe es schon vor 2003 Vorbereitungen gegeben. Jetzt müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden!



### AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

#### Mehr Akutbetten

Drogenabhängige, die von ihrer Sucht wegkommen wollen, müssen in Graz mehrere



Monate auf einen Platz für den Entzug warten; obwohl der unmittelbare Entzug nur kurz dauert. Die einzige steirische Entzugstation „Walkabout“ verfügt nur über 10 Betten; fast 80 Menschen stehen auf der Warteliste und müssen mit einer Wartezeit von bis zu 6 Monaten rechnen. KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch forderte per Dringlichem Gemeinderatsantrag, die Bettenzahl entsprechend dem Bedarf zu erhöhen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### Schwimmkurs

Schwimmen ist gesund – auch für ältere Menschen, meint KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer, doch viele ältere Menschen haben nie schwimmen gelernt. Deshalb machte sie sich im Gemeinderat dafür stark, dass Schwimmkurse für Senioren ins Angebot des Büros für Senioren aufgenommen werden.

#### Videowand

Die „Videowall“ vor der Grazer Messe wurde ohne Rücksicht auf die Verkehrssicherheit und ohne Kenntnis des Straßenamtes errichtet, bestätigte Bürgermeister Nagl auf Anfrage von KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann. Trotzdem flackert sie weiter, lenkt Autofahrer ab und stört Anrainer in der Nacht. Die KPÖ-Klubchefin machte sich

in der Juni-Sitzung des Gemeinderates erneut für eine Verbesserung stark.

#### Platz in Musikschule



Musik ist ein wesentliches Element unserer Kultur und ein sinnvolles Hobby, das Freude macht und Menschen zusammenbringt. Leider werden immer mehr Kinder in den Musikschulen wegen Platzmangel abgewiesen. „Dazu darf es nicht kommen“, sagt Gemeinderat und KPÖ-Bildungssprecher Andreas Fabisch, „es ist Aufgabe des Landes Steiermark, die Dienstposten aufzustocken, damit der bildungspolitische Auftrag im Land erfüllt werden kann“.

#### Annenstraße neu

Einen erfreulichen Sinneswandel sieht KPÖ-Gemeinderat und Jugendsprecher



Christian Sikora in der geplanten Neugestaltung der Annenstraße. Kahle, lieb- und leblose Stein- und Betonwüsten könnten in Graz endlich der Vergangenheit angehören. „Verkehrsberuhigte Straßenzüge könnten zum Verweilen einladen, üppige Ruhezonen sowie Spielplätzen für Jung und Alt würden zum sinnvollen Zeitvertreib auch für jene Menschen, die sich kein teures Freizeitangebot leisten können“, betont Sikora.



Die Lebenshaltungskosten sind wieder stark angestiegen. Nicht nur Wohnen und Treibstoffpreise sind wieder auf höchstem Niveau: Auch die Lebensmittelpreise in den Geschäften sind hoch wie nie. Nun hört man, dass an den Rohstoffbörsen mit Weizen, Reis, Kaffee und vielen anderen Gütern des täglichen Bedarfs spekuliert wird, was dann oft auch als Vorwand für Preiserhöhungen herhalten muss. Die KPÖ ist für eine amtliche Preisregelung bei Gütern des täglichen Lebensbedarfs und für ein Verbot der Spekulation mit lebensnotwendigen Gütern.

## NOCH MEHR BELASTUNGEN

# Europasteuern: Nein Danke!

Mit einer „Europasteuer“ will die EU-Kommission die Bevölkerung in den EU-Staaten zusätzlich belasten.

Die steirische KPÖ lehnt diese Pläne entschieden

### TEURES BRÜSSEL

Österreich gibt in Summe 25 Millionen Euro pro Jahr für seine Beamten in Brüssel aus. In den dortigen Büros sind 219 Vollzeitstellen eingerichtet. Österreich ist in Brüssel mit insgesamt zwölf Vertretungen präsent. So leistet sich etwa jedes Bundesland – auch die Steiermark – eine eigene Botschaft in Brüssel.

ab. „Die EU verordnet den Mitgliedsstaaten enorme Belastungspakete und soziale Einschnitte“, betonte der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder, „gleichzeitig werden die Privilegien in der EU-Bürokratie ausgebaut, ein sündteurer diplomatischer Dienst aus dem Boden gestampft und die Förderung EU-weiter Parteien mit Steuergeld dramatisch erhöht.“ Das alles sei abzulehnen, auch wenn es mit Decknamen wie Luftverkehrsabgabe umweltfreundlich getarnt werden soll.

Der zuständige EU-Kommissar Janusz Lewandowski plant, den Mitgliedsstaaten im September eine Steuer vor-

zuschlagen, die direkt in den EU-Haushalt fließt. Und er hat selbst zugegeben, dass das die Gesamtbelastung der Bürger erhöhen könnte.

### Pension mit 70

Die geplanten Belastungspakete in unserem Land kommen auch aus Brüssel. Die EU fordert beispielsweise die Rente mit 70, sie „empfiehlt“ den Mitgliedsstaaten rigorose Sparpakete und weicht den Arbeitnehmerschutz auf. Parteder: „Die EU kommt uns viel zu teuer. Sie ist für die arbeitenden Menschen keine Lösung des Problems, sie ist ein Teil des Problems, wie auch die Europasteuer zeigt.“

### KURZ BERICHTET

#### Wirte kassieren ab

Die Grazer Innenstadtwirte sahen laut Arbeiterkammer weiter ab: 13 von 21 Lokalen erhöhten erneut ihre Getränkepreise, ergab der jährliche AK-Test. 10 bis 20 Cent macht der Preisanstieg aus. Untersucht hat AK-Testerin Daniela Premitzer 104 Preise von Cola, Mineral, Kaffee, Bier und Weißem Spritzer. Am wenigsten verteuerte sich Cappuccino, am meisten Mineralwasser.

Für die Spritzer werden 2 bis 2,90 Euro kassiert. Extrem fallen die Bierpreise aus. Ein kleines Bier kostet 2,30 bis 3 Euro (also rund 40 Schilling!). In der Flasche bei Wein&Co verlangt man sogar 3,35 Euro. Ein Viertel Mineralwasser kostet zwischen 1,60 und 2,60 Euro. Am meisten schont man die Brieftasche in der Gamlitzer Weinstube. Die Preise nicht erhöht haben: Molly Malone, Pronto, Vinum, Peter Weinstube, Don Camillo, Peppone, Gamlitzer, Wein&Co und Maria Magdalena.

#### Gastgarten-Verordnung

„Wir haben sie gefordert, wir haben sie erreicht“, sagt die Gastronomien-Lobby zur seit 19. August gültigen Gastgarten-Verordnung. Gastgärten mit bis 75 Sitzplätzen dürfen nun ohne Bewilligungsverfahren bis 23 Uhr offen haben. Tourismusgebiete können die Öffnungszeit bis 24 Uhr ausdehnen. Anrainer müssen nun beweisen, dass ihre Gesundheit gefährdet



ist. „Ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen der Gastronomie und der Anrainer ist nicht mehr

möglich“, ärgert sich Franz Stephan Parteder (KPÖ).

## Gesundheit muss für alle leistbar sein

Unser Gesundheitssystem ist – wie die Kommunalwirtschaft oder die Pensionen – einem großen Privatisierungsdruck ausgesetzt. Wenn es nach Bundesregierung und EU geht, drohen weitere Verschlechterungen in Richtung Zwei-Klassen-Medizin für Reiche und Arme. Wir haben uns in einigen Bereichen des Gesundheitswesens umgehört.

Durch physiotherapeutische Bewegungsbehandlung konnten die durch den Rückenschmerz bedingten Krankenstände erheblich reduziert und die in diesem Zusammenhang stehenden Kosten für Medikamente, Krankenhausaufenthalte und Arztkosten deutlich gesenkt werden.



### BLICK IN DIE ARZTPRAXIS

# Arztbesuch am Wochenende

Am Wochenende sind die Ambulanzen der Krankenhäuser überlaufen. Ein Grazer Arzt hat nun als erstes Vorbild samstags geöffnet. Ein Lokalausgang.

entpuppt sich rasch als kompetente Fachfrau in vielerlei Hinsicht. Frau MMag. Karin Hiebaum de Bauer ist in Argentinien geboren, Sportwissenschaftlerin und Managerin zahlreicher Agenden in der „Familienpraxis“ Dr. Usar. „Mein Mann kommt gleich“, sagt sie, und schon beginnt sie zu erzählen, was es mit dem Konzept der Arztpraxis der etwas anderen Art auf sich hat:

In der Ordination, die erst im Februar dieses Jahres ihre Pforten geöffnet hat, steht der ganzheitliche Ansatz im Vordergrund. Dr. Usar ist nicht „nur“ Allgemeinmediziner. Seine Qualifikationen erstrecken sich auf die Bereiche Homöopathie, Akupunktur, Ernährungsmedizin und Arbeitsmedizin. Außerdem wird Gesundheitsvorsorge in der Praxis groß geschrieben.

„Als Sportwissenschaftlerin ist es mir wichtig, dass die Leute auf gesunde Bewegung Wert legen. Deshalb machen wir im Rahmen der Gesundenunter-

suchung auch Fitnesschecks und ich biete verschiedene Trainings an, wie z.B. Wirbelsäulengymnastik, Latin Aerobic, Yogilates oder Schwangerschaftsgymnastik“, erzählt Frau Hiebaum de Bauer. Ganz nebenbei erfährt man, dass sie vierfache Mutter ist. „Unsere Kinder sind zwischen vier und 18 Jahre alt“, lacht sie.

#### Zeit haben

Kurz darauf betritt Dr. Kurt Usar den Raum. Einiges, was er sagt, stimmt nachdenklich. „Wissen Sie, es ist mir schon passiert, dass Patienten sich gewundert haben, dass ich ihnen die Hand gebe. Offenbar nehmen sich viele Ärzte nicht einmal dazu die Zeit“, spricht er den Zeitdruck an, der mittlerweile in vielen Arztpraxen Einzug gehalten hat. Für ihn ist es wichtig, dass die Person behandelt wird und nicht ein Symptom. Und das braucht halt ein bisschen mehr Zeit.

Ein Blick auf die Ordinationszeiten enthüllt eine weitere

Besonderheit der Praxis: Die Ordination ist auch am Samstag geöffnet. „Mir war wichtig, mit meiner Ordination Zeiten abzudecken, die die meisten anderen Ärzte generell nicht anbieten“, erklärt Dr. Usar. Dass er freitags bis 18.00 Uhr und samstags von acht bis zehn ordiniert, ist allerdings so ungewöhnlich, dass der Ansturm an Patienten zu diesen Zeiten bisher noch ausgeblieben ist. Doch das wird sich wohl ändern, sobald mehr Leute erfahren, dass es auch am Samstag eine Alternative zur Krankenhausambulanz gibt!

Und wie lässt sich das Konzept mit der vielköpfigen Familie vereinbaren? Wenn man es richtig einteilt, sei das kein Problem, beteuert der Familienvater, um dann ironisch anzumerken: „Die wichtigste Frage stellen Sie zum Schluss!“ Und damit enthüllt er, dass sein ganzheitliche Ansatz sich nicht auf die Arztpraxis allein beschränkt.

Wer die Ordination von Dr. Usar in der Keesgasse 11 betritt, staunt nicht schlecht. Die quirlige „Ordinationsgehilfin“ am Empfang



Auf Initiative von KPÖ-Landtagsabgeordnetem Ernest Kaltenecker

forderte der steirische Landtag die Gebietskrankenkassa und die Ärztekammer auf, eine gleichmäßige zeitliche Verteilung der Ordinationszeiten bei den Ärzten einzuführen. Dies würde u.a. eine Entlastung der Spitalsambulanzen bringen.

## MIT SCHMERZEN INS KRANKENHAUS

**Infusion statt Untersuchung**

Die Regierung will unser bewährtes Gesundheitssystem finanziell aushungern und auch in diesem Bereich immer mehr Privatisierung erzwingen. Olivia V.<sup>\*)</sup> kann davon ein leidvolles Lied singen...

Nach einem langen Arbeitstag verspürt Olivia V.<sup>\*)</sup> Schmerzen im Kreuz. Da die Schmerzen schlimmer werden und Frau V. das linke Bein kaum heben kann, geht sie zum Arzt. Dieser verschreibt ihr Infusionen gegen die Schmerzen sowie eine Physiotherapie. „Jeden zweiten Tag musste ich zur Infusion. Über die Wochenenden kam ich nur mit Schmerztabletten“, berichtet sie.

**Nur Reflexe getestet**

Nach zwei Wochen ist das Leiden nicht besser. Der Arzt schickt Frau V. zur Erstaufnahme ins LKH Graz. Obwohl die 57jährige kaum gehen kann,

testet die Ärztin lediglich die Reflexe, empfiehlt, die Infusionstherapie fortzusetzen und schickt sie wieder nach Hause. Eine Magnetresonanztomographie (MR) wird nicht für notwendig erachtet.

**Warten auf Termine**

Zwei Wochen später versagen die Beine ihren Dienst. Frau V. stürzt und schlägt sich dabei die Arme blutig. „Mein Arzt hat eine Überweisung zur Magnetresonanztomographie ausgestellt. 14 Tage habe ich bis zur Untersuchung gewartet“, sagt Frau V. Endlich die Diagnose: Bandscheibenvorfall. Frau V. muss operiert werden.

Drei Monate vergehen vom Beginn der Beschwerden bis zum Operationstermin im LKH. Und dabei hat Frau V. noch Glück, wie sie später von anderen Patientinnen erfährt: Viele warten bis zu einem halben Jahr auf einen Operationstermin. Eine Zimmergenossin hat inzwischen ihre Arbeit verloren.

Die Operation übersteht Olivia gut. „Ich bin gleich am nächsten Tag aufgestanden. Die Schmerzen waren wie weggeblasen. Auch das Krankenhauspersonal war unglaublich nett und kompetent“, erzählt sie.

Ein Wermutstropfen bleibt aber: Der lange Leidensweg bis zur erlösenden Operation.

**Weitere Kürzungen?**

Immer häufiger wird Patienten die notwendigen Untersuchung verweigert oder sie warten monatelang auf eine dringend notwendige Operationen. Trotzdem will die Regierung MR-Untersuchungen, Therapiekosten und Spitalsbetten radikal kürzen. Die Folge einer derartigen Verknappung wäre, dass nur noch Zusatzversicherte und Privatpatienten eine adäquate Behandlung bekommen.

Der Rat von Frau V.: „**Nicht abwimmeln lassen, lästig sein, immer wieder anrufen. Wer krank ist, hat ein Recht auf eine anständige Behandlung!**“  
(<sup>\*)</sup> Name geändert)



MEINUNG

GLB

Von Peter Scherz,  
Arbeiterkammer-  
rat des GLB

**Politik für Menschen**

Infolge der Wirtschaftskrise sind einige Rechnungen offen. Jetzt muss für begangene Fehler bezahlt werden. Die Regierungsparteien planen Massen-Belastungen. Das ist auch der Grund, warum sie den Budgetentwurf vorerst noch zurückhalten. Schließlich stehen Wahlen an, und da brauchen sie die Wählerstimmen.

Aber die Arbeitenden, die ihre Arbeit geleistet und das gemacht haben, was andere Herrschaften nach ihrem neoliberalen Wirtschaftskonzept vorgegeben haben, sind nicht die Verursacher der Krise.

Der Gewerkschaftliche LINKSBlock hat bei der jüngsten AK-Vollversammlung eine Krisenanleihe vorgeschlagen. Dabei sollen AGs und GmbHs 10-jährige Sanierungsanleihen des Staates in der Höhe ihrer ausgeschütteten Gewinne kaufen, die mit 2% verzinst werden. So käme der Staat zu billigem Geld und wäre weniger vom internationalen Kapitalmarkt abhängig, wo Österreich derzeit ca. 4% bezahlt. Das wäre ein Beitrag der Wirtschaft zur Krisenbewältigung nach dem Verursacherprinzip. Und die Politik hätte mehr Spielraum, um Massenbelastungen zu vermeiden.

Jetzt ist die Regierung gefordert, das vom GLB vorgelegte und mehrheitlich beschlossene Konzept in die Tat umzusetzen – als Zeichen einer menschenwürdigen und gerechten Politik, meint Ihr Peter Scherz

Peter Scherz ist  
Kandidat der KPÖ bei der  
Landtagswahl

**FORDERUNGEN ZUR ALTENPFLEGE**

Die KPÖ hat ihre Forderungen zur Altenpflege und Pflegenotstand in einer Broschüre zusammengefasst, die nun verbessert und neu aufgelegt wurde. Sie ist kostenlos beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102, E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at, erhältlich.



Wie wollen wir Pflege?  
2. aktualisierte Auflage  
Unser Ziel: Altern in Würde  
und keine Ausbeutung  
der Beschäftigten  
Vorschläge der österreichischen KPÖ zum Pflegenotstand

**Treffpunkt Stadtwohnzimmer**

Einen offenen Begegnungsort für werdende Mütter und Väter hat die Caritas ins Leben gerufen: Das Star/d/t/wohnzimmer als Treffpunkt für Gleichgesinnte mit Babys. Nächster Termin: Do., 9. Sept. im Augartenpark. Info: Tel. (0676) 88 01 54 02.



# PENSIONSSPEKULANT KASSIERT FÜR Anschlag auf unser

## Protest gegen Pensionsexperten

In letzter Zeit konnte man von sogenannten Pensionsexperten immer öfter lesen, dass die Pensionen den Staatshaushalt zu sehr belasten. Gemeint sind da nicht die Pensionen der Hof- und Ministerialräte oder die Politikerpensionen, sondern die Pensionen der Arbeiter und Angestellten.

Besonders die Hacklerregelung, die bis zum Jahr 2013 verlängert wurde, regt diese „Experten“ gewaltig auf. Durch diese Regelung können Männer mit 45 Versicherungsjahren (Frauen mit 40 Versicherungsjahren) bereits mit 60 Jahren (Frauen mit 55 Jahren) in Pension gehen. Bei diesen Pensionen gibt es keinen Abschlag, außer Lohnsteuer und Krankenkassenbeitrag, denn bei anderen Pensionen (z.B. Invaliditätspensionen) werden bei Männern pro Jahr vor dem 65. Lebensjahr (Frauen 60. Lebensjahr) vier Prozent von der errechneten Pension abgezogen, höchstens 15 Prozent. Die Jungen werden mehr oder weniger direkt aufgefordert, Verträge für eine Privatpension abzuschließen, da man ihnen erklärt, in Zukunft wären die Pensionen nicht mehr finanzierbar.

Laut Aussendungen des Sozialministeriums beträgt der Staatszuschuss für die Pensionen im heurigen Jahr zirka sieben Milliarden Euro. Interessant wäre zu erfahren, wie viele Milliarden davon durch Steuern der Pensionisten bezahlt werden. Bei jedem Einkauf sind im Preis 10 oder 20 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Bei den etwas höheren Pensionen ist die Lohnsteuerbelastung enorm hoch.

In Österreich gibt es über 70.000 Euro-Millionäre, jedes Jahr kommen einige tausend dazu. Und da wird von verschiedenen Politikern und „Experten“ die Meinung vertreten, im kommenden Jahr keine Pensionsanpassung an die gestiegenen Preise vorzunehmen. Wir fordern eine Reichensteuer einzuführen. Es liegt auch an den Pensionisten, ob die Regierung es wagt, nur die unteren Schichten zu belasten und die Reichen zu schonen.

**Bei der Landtagswahl am 26. September 2010 muss die Partei der „kleinen Leute“ gestärkt hervorgehen – nur die Stimmen für die KPÖ sind Proteststimmen.**

Alfred Froschauer

Wes Geistes Kind manche Politiker sind, lässt sich an der Einstellung ihrer Berater ablesen, für die sie Millionen Euro lockermachen. Vor kurzem etwa hatte Hermann Schützenhöfer den „Pensionsexperten“ Bert Rürup zu Gast.

Wo Rürup auftaucht, sind die Pensionen in Gefahr. Nicht genug damit, dass der Wirtschaftsprofessor statt für das krisenfeste Umlageverfahren (die aktiven Arbeitskräfte zahlen die Pensionen der Nicht-mehr-Aktiven) für die krisengefährdete Kapitalanlage zur Pensionsfinanzierung eintritt, macht er sich bei jeder Gelegenheit auch für ein Pensionseintrittsalter von 67 Jahren stark. Und das, obwohl offensichtlich ist, dass Beschäftigte, die mit 50 und mehr Jahren ihre Arbeit verlieren, nur mehr ausnahmsweise einen neuen Job finden. Wer für eine längere Lebensarbeitszeit eintritt, versucht daher, die Pensionsversicherungen auf Kosten des AMS und auf dem Rücken der Betroffenen zu sanieren.

Was will aber Hermann Schützenhöfer, der steirische Mochtegern-Landeshauptmann, mit Herrn Rürup? Seiner Bewunderung dürfte selbst die Tatsache keinen Abbruch getan haben, dass Rürup (Jahrgang 1943) nach seiner Pensionierung als Uniprofessor 2008 zu AWD, dem zweitgrößten deutschen Finanzdienstleister, wechselte - als Chefökonom und Sonderberater für private Alterspensionen.

AWD-Konzerngründer Carsten Maschmeyer freute sich, dass beim Aufrollen der Märk-

## Pensionsantrag stellen!

Alle Voraussetzungen erfüllt, aber trotzdem keine Pension – das passiert, wenn kein Pensionsantrag gestellt wurde und kommt laut Arbeiterkammer immer wieder vor, wenn sich Arbeitende darauf verlassen, dass Arbeitgeber zusammen mit der Kündigung einen Pensionsantrag stellen. Wenn der Antrag ausbleibt, fehlt nicht nur die Pension, sondern auch die Krankenversicherung! Auch für alle anderen Geldbezüge aus der Sozialversicherung (Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung, Karenzgeld, Wochengeld) gilt: Ohne Antrag beim zuständigen Sozialversicherungsträger (Gebietskrankenkasse, AMS) gibt es keine Leistung.

In Sachen Pension raten wir, den Antrag schon 2 bis 3 Monate vor Ende des Dienstverhältnisses zu stellen. Infos dazu gibt die Arbeiterkammer unter Tel. (050) 6906-1.

## BERATUNGEN

# Pensionssystem

te Russland und China „das internationale Netzwerk, die Kontakte und die Reputation von Professor Rürup“ helfen würden. Als Lohn winkte dem Ex-Wissenschaftler ein Fixgehalt in unbekannter Höhe und ein zusätzlicher Bonus. Nachdem der AWD im Zug der Finanzkrise ins Trudeln kam, gründete Rürup gemeinsam mit Maschmeyer eine internationale Beratungsgesellschaft für Banken, Versicherungen und

Regierungen: die MaschmeyerRürup AG.

Die Kritik der Linken im deutschen Parlament an Rürup führte dazu, dass er vom Vorsitz des deutschen Sachverständigenrats und Sozialbeirats entbunden wurde und überdies aus dem Kreis der „Wirtschaftswesen“ ausschied.

Für Hermann Schützenhöfer von der ÖVP gilt Bert Rürup dennoch weiterhin als „Pensionsexperte“.

## Hungerstreik gegen Glücksspielkonzerne



In einem gerade zwei Meter langen Käfig sperrte sich der Aktionskünstler Man Lamy im Grazer Augarten ein und trat in den Hungerstreik gegen das Kleine Glücksspiel und die Glücksspielkonzerne. Sein Ziel: die Menschen aufrütteln und auf den Skandal des Glücksspiels aufmerksam machen.

Mehr als 80.000 Steirer sind direkt oder indirekt als Angehörige von den Folgen der Spielsucht betroffen. KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger kämpft seit 2006 gegen das durch Glücksspiel ausgelöste Elend. Die Glücksspielkonzerne lassen die politischen Parteien an ihren Profiten durch Spenden und Subventionen mitnaschen und erkaufen sich so Zustimmung zu bestellten Gesetzen. Zuletzt bekannt geworden: eine Studie, bestehend aus 10 locker beschriebenen Seiten, wurde dem BZÖ mit 300.000 Euro vergolten.

## MEINUNG



KPÖ-Landtagsabgeordneter  
Ernest Kaltenegger

## Der stete Tropfen höhlt den Stein

**T**ausende Spielsüchtige in der Steiermark sollten die Landespolitik schon längst zum Handeln zwingen. Doch der Arm der Glücksspiel-Lobby ist lang. So ist es auch weiter kein Wunder, dass bei den beiden Großparteien alle Bemühungen der KPÖ zur Bekämpfung der Geschäftemacherei mit der Spielsucht auf wenig Gegenliebe stießen.

In der letzten Sitzung des Landtages konnte man sich nun doch zu einem kleinen Schritt entschließen: Die Abgabe auf Geldspielautomaten wird auf 1000 Euro pro Monat erhöht, also mehr als verdoppelt. Die Automatenwirtschaft schäumt, denn so würden viele Automaten unrentabel. Genau dies ist auch der Zweck!

In der Steiermark gibt es die größte Dichte an Geldspielautomaten in gesamten deutschsprachigen Raum. Jeder Automat weniger ist eine – wenn auch sehr bescheidene – Maßnahme gegen die allgegenwärtige Verlockung zur

Spielsucht. Wer behauptet, dies wäre wirtschaftsfeindlich, sollte ein wenig nachdenken. Das Geld, welches nicht verspielt wird, kann nicht nur existenzrettend sein, sondern es kann für vernünftige Sachen ausgegeben werden. Dies schafft dann wirklich Arbeitsplätze.

Trotz dieses kleinen Erfolges im Landtag bleiben wir Realisten. Die Glücksspiel-Lobby wird weiterhin die politischen Parteien zu ködern versuchen. Ein 300.000 Euro Auftrag für eine zehnteilige „Studie“ an eine BZÖ-eigene Agentur hat uns das erst kürzlich sehr deutlich vor Augen geführt.

**D**ie KPÖ wird jedoch auch in Zukunft nicht lockerlassen, um der Ausplünderung tausender Menschen einen Riegel vorzuschieben. Steter Tropfen höhlt den Stein!

Ihr

**Ernest Kaltenegger,**

0316 / 877 5104

[ernest.kaltenegger@kpoe-graz.at](mailto:ernest.kaltenegger@kpoe-graz.at)

## ZVP Zentralverband der Pensionisten

### SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: [zentralverband@gmx.at](mailto:zentralverband@gmx.at)

☎ **0316/ 71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um **Pflegegeld**
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

**Jeden DO. gemüthlicher Nachmittag im Volkshaus**

# PRÜFANTRAG DER KPÖ WEGEN HAFTUNGEN DER STADT Graz haftet für mehr als 400 Mio. Euro

Volles Risiko: Die Stadt Graz haftet derzeit mit über 400 Millionen Euro für verschiedene Projekte – immer öfter auch für Private.

## Graz haftet

**Für Soziales** ist kein Geld vorhanden, wichtige Vorhaben müssen warten – aber die Stadtregierung trägt immer öfter das Risiko für Dritte: Für die Styria, für die Betreiber der Thalia, vielleicht bald für die Reininghaus-Gründe. Letztlich tragen das Risiko die Grazerinnen und Grazer, denen man Belastungen zumutet. Einige Geschäftsleute können sich zurücklehnen. Die Stadt Graz haftet ja für sie.

Im Ernstfall muss die Stadt für Schulden in der Höhe von 400 Millionen Euro einspringen. Der Prüfbericht des Stadtrechnungshofes hat diese Summe für Haftungen der Stadt Graz errechnet. Besonders Haftungen für Dritte sind problematisch: etwa das Styria-Hauptquartier (50 Millionen Euro) oder die Thalia, bei denen Private gestützt werden und die Stadt das Risiko trägt.

Die Styria-Haftung war Anlass für den Prüfauftrag, der von der KPÖ ausgegangen ist. Klubobfrau Ina Bergmann: „Das Ergebnis bestätigt uns. Die Stadt hat bei Haftungen für Dritte bereits Schäden erlitten.“ Es sei nur an die Fälle Innenstadtinitiative InIn, PPC, Öko-Profit und auch an den Fall

des GAK-Trainingszentrums erinnert.

Daher ist es bedenklich, dass seit 2009 immer mehr städtische Haftungsübernahmen für Dritte zu verzeichnen sind. Schließlich ist Graz bereits mit über 1 Milliarde Euro verschuldet.

Der KPÖ-Mandatarin stößt vor allem die städtische Haftung für das künftige Styria-Hauptquartier sauer auf. Und sie warnt davor, Haftungen im Zusammenhang mit der Thalia und auch mit den Reininghaus-Gründen einzugehen: „Bei der Ablehnung von berechtigten sozialen Anliegen wird von Schwarz/Grün immer wieder auf die angespannte Finanzlage der Stadt hingewiesen. Bei Haftungsübernahmen scheint man

keine Grenzen zu kennen.“

## Tochterunternehmen der Stadt: Bisher ungeprüft

Allerdings: Die Stadt hat keinen Überblick, welche Haftungen beispielsweise die Grazer Holding (Stadtwerke) übernommen hat. Ina Bergmann: „Nicht geprüft wurden etwaige Haftungsübernahmen der städtischen Tochterunternehmen für Dritte. Auch diese sollten von der zuständigen städtischen Stelle dokumentiert werden. Die Stadtwerke und ihre Tochterfirmen sind beispielsweise in Kroatien aktiv. Die Stadt Graz und der Gemeinderat müssen wissen, welche Beträge hier schlagend werden können.“

## Bauorden saniert Holzhaus



**Grünanger.** Freiwillige des Bauordens haben im Sommer einen historischen Holzständerbau der Stadt Graz saniert. 6 junge Menschen aus Holland, Frankreich, Deutschland und Italien arbeiteten unter der Leitung von DI Wilfried Stummer um „Gottes Lohn“ an diesem Projekt in der Andersengasse.

Durch die Einsatzfreude der jungen Helferinnen und Helfer konnte die Bausubstanz verbessert werden. Stadträtin Kahr würdigt diese Arbeit des Bauordens als großen Beitrag zum besseren Wohnen in Graz.



Blick in Richtung geplantes Abbaugelände (Wanderweg 740)

Am Schifferkogel in Semriach soll ein Steinbruch errichtet werden. Die Bürgerinitiative wehrt sich gegen diese Zerstörung der Umwelt. Auch der Gemeinderat unterstützt die Proteste. Bei Errichtung des Steinbruchs kann es zu einer zusätzlichen Staubbelastung im Norden von Graz kommen. Ein Naherholungsgebiet, das vor allem von Grazern genutzt wird, wäre massiv beeinträchtigt.

## Wieder Postamt weg

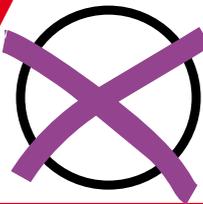
Nächste Zusperrwelle bei der Post. Diesmal trifft es Graz-Umgebung, etwa das Postamt Eggersdorf. KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch warnt: „Für Menschen, die nicht so mobil sind, ist es besonders schlimm.“

Durch den Abbau der Infrastruktur in ihrem Wohnumfeld sind sie zunehmend auf die Hilfe anderer angewiesen“, sagt er, „das Konzept der Postpartner ist sicher kein Ersatz für die Postämter und funktioniert auch nicht so, wie uns immer vorgegaukelt wird“.

# LANDTAGSWAHL AM 26. SEPTEMBER: DENK NACH – WÄHL KPÖ! „Schluss mit dem Ausverkauf“

**Alles Wichtige im Land gehört in öffentliche Hand**

Wasser  
Energie  
Verkehr  
Pflege  
Bildung  
Gesundheit

 **KPÖ**  
Liste 3 **wirkt**

**Claudia Klimt-Weithaler**



Schluss mit dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums! Das Land muss Einfluss auf die Daseinsvorsorge haben, fordert die KPÖ.

Der Ausverkauf von Gemeinde, Landes- oder Staatseigentum muss ein Ende haben, meint die KPÖ. Zum Beispiel ist die Post: 47 Prozent wurden 2006 an der Börse verkauft. Seither hat man hunderte Postämter geschlossen.

Die KPÖ stemmt sich gegen jegliche Privatisierung öffentlichen Eigentums und macht sich im Landtag dafür stark, dass die öffentliche Wirtschaft gefördert und ausgebaut werden soll. Einige Beispiele:

## Müllabfuhr

Die KPÖ drängt darauf, die

Abfallwirtschaft in öffentliche Hand zurückzuführen, damit die Menschen nicht jedes Jahr mit steigenden Preisen für die Müllabfuhr rechnen müssen.

## Energie

Ähnlich ist es mit den Strompreisen. Die KPÖ kämpft für den günstigen Steiermark-Tarif.

## Wasser

Wasser ist und bleibt öf-

fentliches Gut! Niemals darf daraus ein Spekulationsobjekt werden!

## Gesundheit

In der Pflege wittern Private hohe Gewinne. Zuletzt wurde ein KPÖ-Antrag im Landtag beschlossen, wonach es nur mehr für öffentliche oder ge-

meinnützige Heimbetreiber Förderungen geben soll. Allerdings verweigert die SPÖ die Verwirklichung. „Mit der Geschäftemacherei zu Lasten der Menschen muss Schluss sein“, sagt KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler.

**26. September: Aufstehen und hingehen!**



**Am 26. September entscheiden Sie, ob die KPÖ als einzige unabhängige Kraft im steirischen Landtag vertreten bleibt! Wir bitten Sie um ihre Stimme für die Liste 3 – KPÖ.** Sollten Sie am 26. September verhindert sein, gibt es folgende Möglichkeiten:

**1. Vorgezogene Stimmabgabe**  
Wer am Wahltag verhindert ist, kann bereits am **Freitag, 17. September von 13.00 bis 20.00 Uhr** wählen. Folgende Wahllokale sind geöffnet:

**ServiceCenter**, Schmiedgasse 26, **Rathaus Trauungssaal**, 1. Stock, Rathaus; **Amt für Wohnungsangelegenheiten**, Maiffredygasse 11; **Servicestelle Stiftingtal**, Stiftingtalstraße 3; **Geriatrisches Gesundheitszentrum**, Albert-Schweitzer-Gasse 36; **Büro Familiensozialarbeit**, Fröhlichgasse 90; **Servicestelle Bahnhofgürtel**

85; **Bezirksamt Liebenau**, Liebenauer Hauptstraße 84; **Bezirksamt St. Peter**, St.-Peter-Hauptstraße 85; **Volksschule Waltendorf**, Waltendorfer Hauptstraße 17; **Volksschule St. Johann**, Mariatroster Straße 128; **Servicestelle Andritz**, Andritzer Reichsstraße 38; **Büro Familiensozialarbeit**, **Wienerstraße 255**; **Büro Familiensozialarbeit**, **Eckertstraße 66/1**; **Bezirksamt Wetzelsdorf**, Straßganger Straße 210a; **Bezirksamt Strassgang**, Kärntner Straße 411; **Bezirksamt Puntigam**, Berschenygassee 9 bzw. in **Graz Umgebung** das jeweilige Gemeindeamt.

**2. Wahl mit Wahlkarte.** Wird von der Heimatgemeinde ausgestellt, in Graz auch online!

Landtagswahl 26. September: Liste 3

Mit großem persönlichem Einsatz schaffte Ernest Kaltenegger 2005 den Wiedereinzug der KPÖ in den Landtag. Nun soll die nächste Generation für eine Politik sorgen, die für die Menschen in der Steiermark hilfreich ist. Wir stellen vor:



**KANDIDAT CHRISTIAN PROMITZER, GRAZ**  
**„Linke Alternative“**

Der promovierte Historiker Christian Promitzer (Jg. 1962) lehrt am Institut für Geschichte an der Universität Graz. Bei der Landtagswahl am 26. September kandidiert er für die KPÖ.

*Können Sie in wenigen Sätzen ihren politischen Werdegang beschreiben?*

**Promitzer:** Ich bin schon in den 1980er Jahren einer kleinen Organisation, der Gruppe Revolutionäre Marxisten, später bekannt unter dem Namen Sozialistische Alternative, beigetreten – auf der Suche nach einer marxistischen Orientierung, die radikal sein, aber auch Kritik am real existierenden Sozialismus üben sollte. Später ist diese Organisation in Graz quasi geschlossen den Grünen beigetreten – und ich mit ihnen. Die politischen Ziele der Grünen wurden dann aber im Laufe der Zeit zunehmend verwässert. Ich habe mich aus dem politischen Leben zurückgezogen, bin aber im Gefolge der Invasion des Irak erneut politisiert worden.



Christian Promitzer

– aber auch in den politischen Vertretungskörperschaften. Da geht es jetzt schlicht darum, die Präsenz der einzigen linken Partei in einem österreichischen Landtag zu erhalten und fortzuführen. Das sehe ich ganz pragmatisch.

*Was wollen Sie an der Politik der steirischen KPÖ verbessern?*

**Promitzer:** Eine kleine Gefahr besteht darin, dass neben der mühsamen Kleinarbeit die großen Fragen vergessen werden könnten. Was ich mir von der KPÖ wünsche, das wäre auch ein stärkeres Zugehen auf Migrant/inn/en.

*Viele aus der von Ihnen angesprochenen Organisation – der Grüne*

*Peter Pilz etwa oder der Journalist Raimund Löw – haben es sich indes im System ganz gut eingerichtet. Was treibt Sie an, weiterzukämpfen?*

**Promitzer:** Der Neoliberalismus lädt natürlich dazu ein, ein gutes Leben für sich selbst zu suchen. Mich hat immer die Suche nach einer Alternative getrieben, nach einem anderen System. Das verbindet mich auch mit der steirischen KPÖ.

*Warum kandidieren Sie jetzt für die KPÖ?*

**Promitzer:** Ich sehe sehr schlechte Zeiten auf uns zukommen – und der Widerstand gegen den Abbau der Reste des Sozialstaates muss auf mehreren Ebenen ausgetragen werden: auf der Straße, im Betrieb, auf der Uni, in der Öffentlichkeit



Im Gespräch: KPÖ-Spitzenkandidatin

**„Ohne uns wäre**

Am 26. September wird ein neuer Landtag gewählt. Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler zieht Bilanz über fünf erfolgreiche KPÖ-Jahre im Landtag.

*In der abgelaufenen Periode gab es im Landtag eine „linke“ KPÖ-SPÖ-Mehrheit – Ihr Resümee?*

**Klimt-Weithaler:** Fortschritte waren die Ausnahme. Zu sehr waren SPÖ und ÖVP aneinander gekettet, was dem Land nicht gut getan hat. Z.B. blieb der Proporz bestehen, weil zuletzt die ÖVP eine Abschaffung nicht wollte. Es fehlt die Verfassungsreform, um die Opposition mit besseren Kontrollrechten auszustatten. Es gibt keine Strategie gegen den leeren Wohnbautopf und die leeren Kassen des Landes. Und bei der Sanierung der hoch verschuldeten Gebietskrankenkasse ist man weiter untätig, dabei ließe sich durch das Abschaffen der Höchstbeitragsgrundlage leicht Geld machen.

*Trotz aller Schwierigkeiten: Ist es der KPÖ gelungen, wichtige Entscheidungen für die Steirerinnen und Steirer herbeizuführen?*

**Klimt-Weithaler:** Wir waren erfolgreich bei unseren Schwerpunkten. Das sind Sozialpolitik, Bildung, Energie, Pflege und Glücksspiel/Spielsucht. Wichtige Projekte wie die Abschaffung des Regresses (Rückzahlungspflicht) bei der Sozialhilfe hätte es ohne uns nicht gegeben, ebenso den Erhalt der Chirurgen in Bad Aussee und Mürzzuschlag oder den Gratis-Kindergarten. Taurig ist dann nur, wenn man von der zuständigen SPÖ-Landesrätin hört, dass Familien mit mehr als 2000 Euro im Monat wieder einen Kindergartenbeitrag zahlen sollen.

*Auf welche Erfolge sind Sie besonders stolz?*

**Klimt-Weithaler:** Dass die Entscheidungsfrist bei der Sozialhilfe gekürzt wurde, beruht ebenso auf unserer Initiative (die Wartezeit betrug



## Claudia Klimt-Weithaler

## "viele schlechte"

vorher bis zu sechs Monate, jetzt sind es drei Monate) wie die finanzielle Absicherung der Pflegeeltern. Die leisteten bisher eine enorm wichtige Arbeit ganz ohne soziale Absicherung.

### Wie beurteilen Sie andere Parteien?

**Klimt-Weithaler:** Leider muss man die gesamte Regierungsperiode als eine der vergebenen Chancen betrachten. Gerade bei der Mindestsicherung oder beim Pflegegesetz (Förderungen soll es nur mehr für öffentliche Pflegeheime geben, um der Geschäftemacherei mit der Altenpflege einen Riegel vorzuschieben) hat die SPÖ lieber mit der ÖVP gepackelt, als etwas fürs Land und die Menschen zu verbessern. Jahrelang war die ÖVP mit uns einer Meinung, den Landeshauptmann bei der Energiepolitik (Preise für Strom, Gas, Fernwärme) in die Pflicht zu nehmen. Sogar bei unserem Antrag



zum Rückkauf der ESTAG-Anteile von der EdF war die ÖVP dabei. Als es um die nötige Gesetzesänderung ging, machte die ÖVP einen Rückzieher. Dazu kommen Landtagsbeschlüsse, die nicht umgesetzt wurden. Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) etwa hat bis heute nicht die Landestankstellen für alle geöffnet, um günstigere Treibstoffe anbieten zu können.

### Warum soll die KPÖ im Landtag bleiben?

**Klimt-Weithaler:** Wie in Brüssel stellt auch in Wien und Graz eine mächtige Wirtschaftslobby die Weichen. Wir sind denen nicht hörig, sondern eine Vertretung für alle, die keine Lobby hinter sich haben. Wir sind das soziale Gewissen im Land und eine verlässliche Kraft, die immer gegen Ungerechtigkeiten auftreten wird und ihre WählerInnen nicht im Stich lässt oder verrät. Mit unserem Sozialfonds sind wir die einzigen, die Menschen in Not unmittelbar helfen. KPÖ-PolitikerInnen behalten von ihrem Gehalt nur den Teil zum Leben, den eine durchschnittlichen Vollzeitbeschäftigung einbringen würde, der Großteil wird an den KPÖ-Sozialfonds abgeliefert. So wurde seit 1998 mehr als eine Mio. Euro an Menschen in Not weitergegeben.

## EINE STIMME MIT GEWINNGARANTIE

# Elf gute Gründe, die KPÖ zu wählen

Jede Stimme für die KPÖ ist eine Gewinn für die SteirerInnen – weil die KPÖ als einzige Partei keinen Zwängen aus Wien oder Brüssel unterliegt und nur im Sinn der Menschen handelt.

## 1. Geben statt nehmen, helfen statt reden

KPÖ-Politiker behalten vom Politeinkommen maximal 2000 Euro pro Monat, der Rest geht in den Sozialfonds. So ging seit 1998 mehr als eine Mio. Euro an Menschen in Not.

## 2. Soziale Gerechtigkeit

10 % der Bevölkerung besitzen 2 Drittel des Vermögens, aber immer mehr können vom Einkommen nicht leben. Gewinne und Vermögen der Millionäre müssen mit einer Reichensteuer umverteilt werden.

## 3. Gesundheit und Pflege

Pflege und Gesundheit werden so teuer, weil Private (z.B. Pflegefond) damit Geschäfte machen. Beides gehört in öffentliche Hand. Die KPÖ kämpft als einzige Partei für ein Verbot des Kleinen Glücksspiels, das Tausende in den Ruin treibt.

## 4. Frauen

Bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist Österreich Europa-Schlusslicht. Nach einer KPÖ-Initiative gibt es Wirtschaftsförderung nur mehr für Betriebe, die Frauen gerecht entlohnen.

## 5. Arbeit

Die KPÖ kämpft für einen Mindestlohn von 1600 Euro pro Monat und gegen Profite von Konzernen und Banken zu Lasten der Arbeitenden.

## 6. Verkehr und Umwelt

Ein für alle leistbarer öffentlicher Verkehr soll durch eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen (wie in Wien) finanziert werden. Bodenspekulationen gehören unterbunden, Grünflächen erhalten (gegen das Murkraftwerk Graz), die ESTAG wieder in steirische Hände.

## 7. Kinder

Kindergärten und -krippen müssen kostenlos sein und über genug Plätze verfügen.

## 8. Jugend und Bildung

Die KPÖ ist für eine gemeinsame Schule bis 14 Jahre. Bildung muss für alle möglich sein; ohne Einschränkungen.

## 9. Pensionisten

Unser solidarisches Pensionsystem darf nicht privatisiert und von Spekulationen abhängig gemacht werden. Eine Wertschöpfungsabgabe auf Gewinne soll das Pensionssystem stützen.

## 10. Demokratie

Die KPÖ steht für den Erhalt des öffentlichen Eigentums und lehnt Privatisierungen ab. In der Politik gehören das Beraterwesen abgestellt und die Politbezüge verkleinert.

## 11. Wohnen

Die öffentliche Hand ist mitverantwortlich für Wohnen zu leistbaren Bedingungen, durch einen gut gefüllten Wohnbaupotopf, mit einer brauchbaren Wohnbeihilfe...



**KANDIDATINNEN der KPÖ, Liste 3:**  
von links nach rechts:  
**Di Leitenbauer**, Vizebürgermeisterin  
Trofaiach  
Landtagsabgeordnete **Renate Pacher**  
Landtagsabgeordneter **Werner Murgg**  
Obfrau des Landtagsklubs und  
Spitzenkandidatin  
**Claudia Klimt-Weithaler**





**Geld für Pflegeeltern**

In der Steiermark gibt es mehr als 450 Kinder, die bei Pflegeeltern leben. Pflegeeltern waren bisher weder sozialrechtlich abgesichert noch wurden sie gerecht bezahlt. Auf Betreiben der KPÖ hat der Landtag eine erfreuliche Änderung beschlossen: Pflegeeltern werden nun bei einem Träger der Jugendwohlfahrt angestellt. Pflegemütter bekommen 412,09 Euro monatlich brutto für ein Kind, bei 2 Kindern 578,45 Euro und bei 3 Kindern 744,81 Euro. „Diese Absicherung ist ein Meilenstein“, freut sich KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

**Pflegeheim-Lüge**

Im Frühjahr hat der Landtag auf Initiative der KPÖ beschlossen, dass nur noch gemeinnützige und öffentliche Träger Zuschüsse vom Land für Pflegeheime bekommen sollen. Wenn der Profit privater Heimbetreiber wegfällt, wird die Pflege günstiger, was angesichts der Finanznöte der Gemeinden extrem wichtig ist. Die Umsetzung blieb allerdings aus. Deshalb legte die KPÖ im letzten Landtag einen Gesetzesentwurf vor, um die neuen Förderrichtlinien verbindlich festzulegen. Da war die SPÖ plötzlich dagegen. Die Finanzprobleme um die Pflege bleiben bestehen.

**Millionen für Stiftung**

Die Parteistiftung der SPÖ hat vom Land 3,7 Mio. Euro bekommen – und zwar über die Leykam Medien AG, von der 76,9 % der SPÖ-Stiftung „Zukunft Steiermark Privatstiftung“ gehören.

**LANDESREGIERUNG SPONSERTE BERATER MIT 15 MILLIONEN  
KPÖ sagt Beraterfirmen Kampf an**

Regierung gab 15 Mio. Euro für Berater aus. KPÖ kämpft für Sparsamkeit, nachvollziehbare Verträge und gegen Freunderlwirtschaft.

Während immer mehr Gemeinden unter steigenden Ausgaben stöhnen, betreibt die Landesregierung Geldverschwendung. 15 Mio. Euro hat man seit 2005 für „Beraterdienste“ ausgegeben. In Bund, Land und Gemeinden lebt ein Dschungel

von Berater- und Consultingfirmen prächtig von den öffentlichen Millionen. „Der Sinn der Ausgaben ist fast nie nachvollziehbar begründet“, ärgert sich KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler.

Dazu kommen hohe Beratungskosten in anderen dem Land unterstehenden Bereichen wie der KAGes und der EStAG, über die es bezeichnenderweise keine systematische Aufstellung gibt.

LH Voves (SP)	4.341.805 €
LR Wegscheider (SP)	3.524.316 €
LR Edlinger-Ploder (VP)	3.456.728 €
LR Grossmann (SP)	1.331.666 €
LR Vollath (SP)	723.609 €
LH-Stv. Schützenhöfer (VP)	610.804 €
LH-Stv. Schrittwieser (SP)	503.264 €
LR Buchmann (VP)	273.358 €
LR Seitinger (VP)	268.730 €

Klimt-Weithaler: „Das Beraterunwesen ist eine Methode, um den Großparteien nahe-stehende Personen mit lukrativen Aufträgen zu versorgen.“

**Kleine Wahl-Erinnerungen**  
**Buttons**  
**T-Shirts, Diverse Motive**  
**Aufkleber und Postkarten**  
**Portions-glas Honig**  
**Nagellack: ECHTROT**

Im WEBSHOP bestellen: [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)  
 oder anfordern Tel. 0316 / 71 24 79  
 (kostenlos außer T-Shirts, Honig beim Volkshaustfest kostenlos)

**1600 EURO MINDESTLOHN**

**Schwarz-grün gegen faire Löhne**

**1600 Euro monatlich bzw. 10 Euro in der Stunde sollen als Mindestlohn festgelegt werden, fordert die KPÖ.**

Ungerecht bezahlten Vollzeit-Jobs und der Ausbeutung am Arbeitsplatz gehöre ein Riegel vorgeschoben, so KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler. Viele Menschen verdienen kaum mehr,

als die Sozialhilfe oder Mindestsicherung ausmacht.

Die KPÖ beantragte im Landtag, 1600 Euro brutto als Mindestlohn gesetzlich festzulegen. „Das ist für einen Vollzeit-Arbeitsplatz kein Luxus“, sagt Claudia Klimt-Weithaler. Die SPÖ zog mit und so geht die Forderung an die Bundesregierung, die

sich nun damit befassen muss. Gegen 1600 Euro Mindestlohn stimmten die Grünen und die ÖVP. Für die Grünen meinen, ein Mindestlohn sei für Unternehmen nicht zumutbar. Viel Lob bekamen sie dafür von ÖVP-Wirtschaftssprecher Wolfgang Kasic, dessen Partei mit Inbrunst gegen gerechtere Löhne eintritt.

SOZIALHILFERECHNER der KPÖ: Rechnen Sie ihre Ansprüche nach!  
 INFO TEL. 0316 / 875 5101

<http://www.sozialhilferechner.at>

**zuhören. helfen.**  
 Claudia Klimt-Weithaler





Philipp Funovits, Mathematiker und ehemaliger ÖH-Vorsitzender, kandidiert bei der Landtagswahl am 26. September für die KPÖ.

## PHILIPP FUNOVITS, KPÖ-Kandidat für Landtagswahl

# „Es ist ein gutes Gefühl, helfen zu können“

Der Mathematiker und ehemalige ÖH-Vorsitzende Philipp Funovits kandidiert bei der Landtagswahl am 26. September für die KPÖ und für eine gerade, ehrliche Politik.

Politisch ist er bereits seit langem aktiv, obwohl politische Betätigung für den in der Regel eher als zurückgezogen geltenden Mathematiker eigentlich ungewöhnlich ist. Er war lange an der Universität Graz in zahlreichen Funktionen als Studierendenvertreter tätig, von 2003 bis 2005 sogar als Vorsitzender der ÖH Graz auf einem Mandat der parteiunabhängigen Fachschaftsliste. Er erwarb sich im Laufe seiner Tätigkeit als Studierendenvertreter und Bediensteter der Universität große Expertise auf dem Gebiet der Bildungspolitik, die sich in zahlreichen einschlägigen Publikationen und Vorträgen niederschlug. Zuletzt im Rahmen der Protestbewegung im letzten Herbst oder den Wissenschaftsgesprächen bei den

Minoriten im Mai 2010, wo er mit dem Architekten des Universitätsgesetzes 2002, Sigurd Höllinger, die Klängen kreuzte.

2005 fragte ihn der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Parteder, ob er Interesse hätte, bei der Landtagswahl zu kandidieren. Er sagte nach kurzer Bedenkzeit zu: „Wenn ich etwas angehe, dann ganz oder gar nicht“, so sein Motto.

Funovits' Antrieb ist Hilfe für jene, die sonst keine bekommen: „Es gibt so viele, die in unserem System von vornherein keine Chance bekommen, die zu Verlierern gemacht werden. Das ist zutiefst ungerecht und macht mich jedesmal wütend, wenn ich es mir vor Augen führe.“ Die KPÖ sei die einzige politische Kraft in Österreich, die auf einen Systemwechsel zu einer gerechten und lebenswerten Gesellschaft hinarbeitet, begründet Funovits sein Engagement für die KPÖ. Das sei aber nicht das einzige, was die KPÖ von anderen Parteien abgrenzt: „Seit ich bei der KPÖ mitarbeite sehe ich viel deut-

licher, dass hinter dem verlogenen Medienzirkus und den hohlen Phrasen bei vielen Politikern keine Substanz vorhanden ist. Demgegenüber stand konkrete Hilfe für die KPÖ immer im Vordergrund“, meint Funovits und führt Initiativen wie die Sozialsprechstunden, den Mieternotruf oder den Online-Sozialhilferechner als Beispiele an. Da störe es nicht, dass bei der KPÖ manches nicht ganz professionell ablaufe und bisweilen sogar chaotischen Charme versprühe, weil letztendlich alle am selben Strang ziehen, und die Probleme Hilfesuchender ernster genommen werden als anderswo. „Die KPÖler meinen ernst, was sie sagen und sind gerade Leut“, so Funovits. Zuvor war er jahrelang als freier Dienstnehmer bzw. über Werkverträge an der Uni beschäftigt, und weiß aus eigener Erfahrung um die Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt, die seiner Meinung nach mit gelebter Solidarität bekämpft werden müssen: „Es ist absurd, dass es Menschen gibt, die 2 bis 3 Jobs ohne soziale Absicherung machen müssen und

trotzdem kaum genug zum Leben haben.“

Für die Wahl ist Philipp Funovits vorsichtig optimistisch. Es gilt, die vier Mandate von 2005 zu verteidigen, was nur gelingen kann, wenn alle, die die KPÖ im Landtag wollen, auch wirklich ihr Kreuzerl bei Liste 3 machen.

### Philipp Funovits im Kurzportrait

Mag. Philipp Funovits (32) studierte Mathematik an der Universität Graz. Dort war er neben dem Studium zwischen 1998 und 2008 auch beruflich tätig. Zwischen 1998 und 2006 war er Studierendenvertreter, darunter Vorsitzender der Hochschülerschaft. Er hat sich stets für Verbesserungen der Studienbedingungen stark gemacht, Proteste der Studierenden unterstützt. Als Hobby ist er „Confluence-Jäger“ und dokumentiert in den entlegensten Gebieten der Welt mit einem GPS-Gerät die Schnittpunkte von Längen- und Breitengraden.

SPIELPLATZ-TEST

# Gutes Zeugnis für die Spielplätze

Wir haben zehn der 74 Grazer Spielplätze besucht und festgestellt: Unterhaltung und Spaß sind garantiert! Einziges Manko: Fehlende Toiletten!

## Spielplätze

**Getestete Spielplätze:** A.-Mathey-Park, Harmsdorfpark, Dominikanergrund, Grünanger, Johannespark, Josef-Huber-Park, Oeverseepark, Junges Europa, Metahofpark, Theodor-Körner-Str.

**Zustand:** alle sehr gut

**Ausstattung:** durchwegs Spielangebote für alle Altersstufen

**Besuchfrequenz:** Josef-Huber-Park, Grünanger, Oeverseepark: sehr stark, Harmsdorfpark, Johannespark, Junges Europa, Metahofpark, Theodor-Körner-Str.: mittel, August-Mathey-Park, Am Dominikanergrund: schwach

**BMX-Anlage:** Am Grünanger, Theodor-Körner-Straße

**Skater-Anlage:** Am Grünanger – wird demnächst vergrößert

**Toiletten:** Ein einsames Dixi-Klo in der Theodor-Körner-Straße

Groß ist der **Harmsdorfpark** nicht, aber es gibt Spiel- und Klettergeräte, Bankerl zum Ausrasten und ausreichend schattige Plätzchen unter den riesigen Bäumen. Das regnerische Samstagmorgen-Wetter hält ein paar muntere Buben nicht davon ab, sich im Geschicklichkeits-Wettstreit am Fußball zu messen.

Riesig ist dagegen der **Park Am Grünanger**. Auf einer Fläche von 18.000 m<sup>2</sup> ist genug Platz da zum Herumtollen, Skaten, Fußballspielen oder Mountainbiken. Bei unserem Besuch beweisen gerade Große und Kleine ihre Treffkünste am Basketballkorb. Ein Mädchen testet die Tauglichkeit der Skaterampe für Fahrradkunststücke.

Viel los ist auch im **Josef-Huber-Park**: Radfahrkünstlerinnen und angehende Fußballstars wirbeln gemeinsam über den Rasen. Ein junges Mädchen schleppt seinen kleinen Bruder von einem Spielgerät zum nächsten. Der Kleine kräht vergnügt. Und im **Oeverseepark** führen ein paar Mädchen vor, welche tolle Figuren man auf dem Klettergerüst machen kann.

Der kleine Spielplatz „**Junges Europa**“ ist mit besonders lustigen Hochwippen ausgestattet, denen auch zwei jugendliche Mädchen nicht widerstehen können. Im **Metahofpark** dürfen wir einer Streetdance-Vorführung beiwohnen und den Buben beim

Baumkraxeln zuschauen.

Als wir den 13.000 m<sup>2</sup> großen Spielplatz in der Theodor-Körner-Straße betreten, fliegt plötzlich ein Junge auf dem Fahrrad durch die Luft: Mit Sturzhelmen und Knieschützern bewehrt, trainieren die Burschen auf der BMX-Anlage für ihren nächsten Wettkampf.

Alle Spielplätze, die wir besucht haben, bieten ein vielfältiges Angebot für bewegungshungrige Kinder aller Altersstufen. Die meisten haben einen Trinkbrunnen. Im Sommer sorgen Spielbusaktionen zusätzlich für Abwechslung.

Doch eines sucht man in vielen Anlagen vergeblich: Toiletten. Diese wurden nämlich in den letzten Jahren nach und nach entfernt – aus Kostengründen, wie es heißt. Inge Arzon von der KPÖ, Bezirksvorsteher-Stellvertreterin im Bezirk Gries, will das Argument nicht gelten lassen, gibt es Miettoiletten doch schon ab 80 Euro pro Monat.

Mit zahlreichen Organisationen kämpft sie für die Wiedererrichtung von WCs in den Parks. Ihr Vorschlag: Aus dem „City-of-Design“-Budget sollen Mittel für „Designer“-Toiletten in öffentlichen Parks lockergemacht werden. Schließlich wurden im Rahmen der Bewerbung um den Titel „City of Design“ für Projekte der Kreativwirtschaft 1,5 Millionen Euro reserviert!



Tolle BMX-Anlage beim Spielplatz in der Körösstraße



Super mit „Naturspielgerät“: Baumkraxeln im Metahofpark



Gut kommt die Kletteranlage im Metahofpark an.



Seilaction am Spielplatz Junges Europa



Weniger erfreulich: Offenliegende Stromkabel im Schererpark. Lesen Sie unseren Bericht auf Seite 19.

## Stiefkind Schererpark

*Jahrelang mussten die Bewohner in Wetzelsdorf um den Wohnbereichspark Schererstraße kämpfen, bis dieser schließlich realisiert wurde. Trotzdem scheint der Schererpark Stiefkind unter den Grazer Parks zu sein.*

Es beginnt damit, dass ein Großteil des Spiel- und Sportplatzes zugleich als Rückhaltebecken bei Überschwemmungen dienen soll.

Im Bereich des Parks, wo eigentlich Rasenflächen vorgesehen sind, z.B. am Fußballplatz, trifft man nur auf Sand und Staub, der sich bei Regen in Matsch verwandelt. „Doch das sind nicht die einzigen Mängel im Schererpark“, stellt KP-Bezirksrat Günther Leber fest. „Scharfe Kanten an der Stiege zum Park sowie als Wegbegrenzung haben vermehrt zu blutigen Verletzungen bei Kindern geführt. Und obwohl Vizebürgermeisterin Rucker im März dieses Jahres versprochen hat, die gefährlichen Bandeisen bei den Stufen zu entfernen, ist bis heute nichts passiert“, ärgert sich Leber. Am Basketballplatz sorgen verrutschte Matten für extreme Sturzgefahr. Die zugesagte Toilette wurde aus Geldmangel gestrichen.

Die viel zu niedrig angebrachten Leuchten entlang des Weges durch den Park hat man einfach ersatzlos entfernt. Seither ragen gefährliche Stromkabel in die Luft. „So kann es nicht weitergehen“, ist Günther Leber empört. „Die Mängel müssen umgehend beseitigt werden, damit der Park endlich den Anforderungen der Kinder und Jugendlichen der umliegenden Wohnsiedlungen gerecht wird!“

FOLGEN DER ARMUT

## Urlaub wird für viele zum Luxus

flickr/osvaldozoom



Die Zahl der Steirer, die sich keinen Urlaub mehr leisten können, steigt ständig an.

Trotz Krise ist die Zahl der Millionäre im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Der gesellschaftliche Reichtum nimmt zu. Seine Verteilung bleibt aber ungleich. Das zeigt die Tatsache, dass sich immer mehr Steirerinnen und Steirer aus finanziellen Gründen keinen Urlaub leisten können.

### Schlusslicht Steiermark

In den letzten vier Jahren ist die Zahl der Betroffenen von 26 auf 29 Prozent gestiegen. Dies geht aus der Untersuchung „Armut und Lebensbedingungen“ der Statistik Steiermark hervor. Damit stehen wir als Schlusslicht in Österreich da. Eine Beschleunigung dieser Entwicklung in den nächsten Jahren muss befürchtet werden.

Urlaub in den eigenen vier Wänden statt am See oder Meer heißt es vor allem für Frauen über 60 und Mehrkinderfamilien. Überdurchschnittlich einschränken müssen sich Teilzeitbeschäftigte, Nicht-Akademiker und Alleinverdiener.

Große Probleme bekommen einkommensschwache Personengruppen (28% der Landesbevölkerung), wenn unerwartete Ausgaben anfallen. Weitere Einschränkungen der Lebensqualität stellen folgende Faktoren dar: 8% können keine neuen Kleider kaufen, 6% sind mit Zahlungen im Rückstand und 2% können die Wohnung nicht warm halten.

Die Landesstatistik weist aus, dass nahezu ein Drittel der steirischen Bevölkerung Einschränkungen der Grundbedürfnisse aus Geldmangel hinnehmen muss. Angesichts dieser Fakten ist es erstaunlich, dass die Landespolitiker von

SPÖ, ÖVP und Grünen den Antrag der KPÖ nach einer Halbierung der Politikerbezüge auf Landesebene hartherzig und einstimmig abgeschmettert haben.

Privilegien, wie sie die weit über den Facharbeiterlöhnen liegenden Gagen für Landespolitiker darstellen, sollten abgeschafft werden. Zuerst sollten die Grundbedürfnisse aller Steirer erfüllt werden!

### Altenurlaubsaktion

Für Steirer, die älter als 60 sind und weniger als 936 Euro (Paare 1360 Euro) monatlich bekommen, gibt es eine **Aktion des Landes Steiermark für einen kostenlosen** Urlaubsaufenthalt im Lande. Grazerinnen und Grazer waren 2010 davon ausgeschlossen, weil die Stadt den nötigen Zuschuss verweigerte. KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer deckte das auf, nun wurde zugesagt, dass im kommenden Jahr auch Grazerinnen und Grazer die Aktion nutzen können.

MILLIONEN FÜR PARTEIFREUNDE

# Jeden Tag ein neuer Skandal

Jeden Tag ein neuer Skandal: Man kommt gar nicht mehr mit, wer sich wo mit wie vielen Millionen bereichert hat. Und alle Parteien stecken drinnen: FPÖ und BZÖ sowieso, aber auch Leute von ÖVP und SPÖ waren dabei.



Der Ruhm vergangener Zeiten: Karlheinz Grasser im Kreise anderer Altpolitiker am ehemaligen A1-Ring.

Ex-Kanzler Gusenbauer hat von der Hypo-Alpe-Adria 60.000 Euro Beraterhonorar kassiert. Die Grazer Wechselseitige (GRAWE) war bis zur Verstaatlichung an der Skandalbank beteiligt.

Meischberger und Hochegger: Das sind die Namen der Provisionskaiser, die auch bei der Privatisierung der Bundeswohnungen (BUWOG) abkassiert haben. Dafür haben sie keine Steuern bezahlt.

Bei der Privatisierung der Bundeswohnungen beschloss der Nationalrat nämlich, dass „alle im Zusammenhang mit der Verwertung stehenden Vorgänge“ steuerfrei sind. Ein Passus, auf den sich jetzt ein „Berater“ namens Meischberger berufen kann, um für die von ihm und seinem Kompagnon Hohegger kassierte Gage von fast 10 Mio. Euro keinen Cent Steuer zu zahlen.

In der „Presse“ (10.8. 2010) fragt Josef Urschitz, „welcher Teufel den Gesetzgeber geritten hat“, als er das beschloss. Auch SPÖ und Grüne haben das übersehen.

Meischberger selbst kann das höhnisch kommentieren: „Ich habe damals die Steuerfrage sehr nachlässig behandelt ... Eine 7-Mio.-Provision in meiner kleinen Firma wäre verdächtig

gewesen, da hätte ich eine Steuerprüfung bekommen ... Aber das Geschäft selbst, das würde ich auf jeden Fall noch einmal machen.“ (Die Presse, 7.8.2010).

Haider wird von manchen weiter hoch verehrt, Grasser macht Urlaub auf einer Luxusjacht.

**Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.**

Dieses Sprichwort trifft auch in diesem Fall zu. Aber den Herrschenden in diesem Lande kann es nicht völlig egal sein, wenn der Glaube an das Rechtssystem vor die Hunde geht. Schließlich will man einen möglichst wohl-

Die politische Klasse Österreichs ist durch und durch korrupt. Sie haben Milliarden verspekuliert und wollen jetzt das Geld bei den einfachen Leuten eintreiben. Bei der Landtagswahl gibt es Gelegenheit für einen Denkkettel!

geordneten und legitimierten Kapitalismus. So gesehen liegt auf der Hand, dass sich wachsendes Unbehagen über den Umgang oder besser Nicht-Umgang mit Auswüchsen aus dem Sumpf von Haider, Grasser und Konsorten auch bei „denen da oben“ breit macht.

Dabei ist das alles nur durch einen Zufall aufgefliegen. Nach der Pleite der Kommunal-Kredit-Bank wurde man auf merkwürdige Geldflüsse aufmerksam. Jetzt stellt sich heraus, dass alles System hatte und hat.



## KURZ GESAGT

### Skandal in Orange

Die BZÖ-eigene Werbeagentur „Orange“ hat 2006 300.000 Euro für eine 10-Seiten-Studie über das Online-Glücksspiel erhalten; macht 30.000 Euro pro Seite. Martin Himmelbauer, Sprecher der Lotterien, gab zu, dass neben der Studie auch „Beratungsleistungen“ zugekauft wurden. Genau in diese Zeit fiel „ganz zufällig“ der Start der Novellierung des Glücksspielgesetzes. Heuer wurde die Novelle ganz im Sinne der finanzstarken Glücksspielindustrie beschlossen.



## ABKASSIERER

FPÖ und BZÖ geben vor, für die „kleinen Leute“ zu sein. In Wirklichkeit schauen sie, dass unser Geld in ihre Taschen fließt: **BZÖ-Steiermark-Chef** Gerald Grosz verdient als Mehrfach-Funktionär in Summe über 10.000 Euro im Monat.

**Walter Meischberger** wurde 1999 als FPÖ-Klubchef rausgeworfen, weil er Peter Stöger zum FC Tirol gelotst hat – gegen 3 Mio. Schilling „bar aufs Handl“. Dafür wurde er verurteilt.

**Meischbergers Kompagnon** Peter Hohegger war Lobbyist für die ÖBB um 4 Mio., für die Telekom um 6 Mio. Euro. Eingefädelt wurde das unter der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierung unter Schüssel und Grasser.

**Gernot Rumpold** (in den 1990ern FPÖ-Bundesgeschäftsführer, dann BZÖ). Mit seiner Frau bekam er 6,6 Mio. Euro für Eurofighter-Werbung. Für eine Pressekonferenz verrechnete man 100.000 Euro.

Grazer  
Stadtblatt  
SERVICE

## EINKAUF PER RAD

Die Kosten eines Einkaufs beginnen beim Ausschauen des Fahrzeugs. Mit Abstand am billigsten, nämlich quasi umsonst, fährt man mit dem Fahrrad ins Einkaufszentrum und packt den Einkauf in Packtaschen oder auf einen Radanhänger. Die Radlobby Argus hat die Grazer Einkaufszentren auf ihre Fahrradfreundlichkeit getestet. Sieger ist heuer der Murpark.

Das Einkaufszentrum in Liebenau punktet mit guter Erreichbarkeit, vielen Abstellplätzen (wenn auch zu wenig eingangsnah mit Dach), Schließfächern für die Zwischenaufnahme von Einkaufssackerln und einer Garderobe.

Am zweiten Platz findet sich der Citypark. Er verfügt über die besten Radweganschlüsse der Stadt und ist laut eigenen Angaben etwa von der Unigegend aus in 15 Minuten erreichbar. Kritikpunkte sind die unübersichtlichen Radwegführungen am Cityparkgelände selbst und ein Mangel an eingangsnahen, überdachten Abstellplätzen.

Fast ebenso gut erreichbar ist das Shopping Center West, bei dem man mit einem Rad-einkäufer-Anteil von 6 % sogar die höchste Radverkehrsquote meldet.

Schon abgeschlagen ist das Shopping Nord, Schlusslicht die Shopping City Seiersberg. Mehr zum Einkaufen mit dem Fahrrad gibt es im Internet unter <http://graz.radln.net>



WELCHE UNTERSTÜTZUNGEN GIBTS WO?

# Teurer Schulanfang

Die Schule ist nicht nur zu Schulbeginn eine kostspielige Sache. Unterstützungen machen nötige Ausgaben leichter bezahlbar.

Der Schulstart ist beim ersten Mal ein aufregende Sache für Kinder und Eltern – und jedesmal eine kostspielige. Förderungen wie das Schulstartgeld, die Schul- und Heimbeihilfe oder die Schulfahrtbeihilfe machen den Schulstart und die Schulzeit finanziell etwas leistbarer.

## Schulstartgeld

Für alle, deren Einkommen unter dem Sozialhilferichtsatz liegt, gibt es in Graz ein Schulstartgeld für jedes Schulkind in der Höhe von 51 Euro. Es wird von 1. bis 30. September beim Sozialamt beim Buchstaben-schalter beantragt (Einkommensnachweis, Meldezettel von allen und Nachweis über Mietkosten mitbringen).

## Schulfahrtbeihilfe

Alle Bezieher von Familienbeihilfe können um eine Schulfahrtbeihilfe beim Finanzamt ansuchen, wenn der Schulweg mindestens 2 km lang ist und nicht im Rahmen einer Schülerfreifahrt bewältigt werden kann. Dann gibt es abhängig vom Schulweg 4,40 bis 39,70 Euro pro Monat.

## Schul- und Heimbeihilfe

Die Schul- und Heimbeihilfe soll Schülern, die finanziell nicht gut dastehen, das Leben erleichtern. Schulbeihilfe gibt es ab der 10., Heimbeihilfe ab der 8. Schulstufe, wenn die Schülersozial bedürftig sind, einen günstigen Schulerfolg nachweisen und im Fall der Heimbeihilfe nicht bei den Eltern wohnen. Die Grundbeträge liegen pro Jahr bei 1130 Euro (Schulbeihilfe) und 1380 Euro (Heimbeihilfe), wobei es Zu- und Abschläge geben kann. Infos gibt der Landes-schulrat, Tel. 345-0.

## Unterstützungen

Das ist noch nicht alles, was es an Unterstützung für weniger finanzkräftige Eltern gibt. In Sachen Schulland-wochen und Ausflüge greift auch das Rote Kreuz unter die Arme, an das man Unterstützungsansuchen richten kann. Eben solche Zuschüsse gibt es von den Elternvereinen für ihre Mitglieder.

Laut  
gegen  
rechts



Der österreichische  
antifaschistische  
Sampler auf CD.  
Mit Beiträgen von  
Texta, Attwen-  
ger, Toco-  
tronic u.v.a.  
kostenlos anfordern [www.kjoe.at](http://www.kjoe.at)

**ROTWILD**  
[rotwild.st](http://rotwild.st)

GUTACHTEN GEGEN KRAFTWERK PUNTIGAM

# Man nimmt uns die Mur weg!



## DER PROTEST

- **NEIN!** Der Wasserspiegel soll bis zu 9 Meter gehoben werden, das Siedlungsgebiet würde unter dem Wasserspiegel liegen: Überschwemmungsgefahr und Grundwassergefährdung!
- **NEIN!** Eine Staumauer und ein 4 Meter hoher Begleitdamm bis zum Augarten werden uns von der Mur abschneiden: wir würden nicht mehr auf den Fluss hinunter, sondern auf den Damm hinauf schauen.
- **NEIN!** Der Uferwald wird bis zum Augarten hinauf komplett kahl geschlagen.
- **NEIN!** Stehendes Wasser verursacht Faulschlamm, Fischsterben, Nebel, Gelsenplage.
- **NEIN!** Der geschützte Huchen, König der Mur, wird ausgerottet.
- **JA! Die Stadt muss die Bevölkerung ehrlich informieren – ohne Hochglanz-Propaganda durch den Projektwerber ESTAG.**
- **JA! Wir wollen unseren Fluss behalten und brauchen keinen Schlammsee!**
- **JA! Mit Sonnenstrom (Photovoltaik) lässt sich heute mit kaum mehr Geldeinsatz mehr Strom produzieren als mit Wasserkraft.**

[www.rettetdiemur.at](http://www.rettetdiemur.at)

Zahlreiche Kraftwerksgegner kamen zur Übergabe der Unterschriften gegen das Puntigamer Murkraftwerk vor das Landhaus in der Herrengasse. Die verantwortlichen Politiker (SPÖ-Umweltlandesrat Wegscheider, Landeshauptmann Voves, Bürgermeister Nagl) ließen sich entschuldigen.

Kritik wird lauter: Geplantes Murkraftwerk in Puntigam schadet viel mehr, als es bringt. Und es widerspricht der Stadtentwicklung.

Immer vernichtender wird die Kritik am geplanten Murkraftwerk in Puntigam/Liebenau. So deckte der ehemalige Leiter der Stadtplanung im Stadtjournal G7 auf, dass das Projekt dem vom Gemeinderat beschlossenen Sachprogramm Grünraum nicht entspricht. Die Hochglanzbroschüren der Bauwerber Estag/Verbund ändern nichts daran, dass tausende Bäume gefällt, die Ufer zur unzugänglichen Wüste werden; ein Fluss als muffiger Stausee mitten in Graz.

Auch der Alpenverein geht mit der geplanten Staustufe bei der Puntigamer Brücke hart ins

Gericht. In einem offenen Brief spricht sich die Alpenvereinsführung unter dem Vorsitzenden Hartmut Heidinger gegen das Projekt aus.

**Viel Schlamm, wenig Strom**

Durch die Errichtung des Kraftwerkes würden in der kritischen Zeit (Winter) nur etwa 4 MW Leistung erzeugt, was einer Versorgung von nur etwa 1.300 Haushalten entspreche. Das Fließgewässer würde zu einem stehenden mit der damit verbundenen Verschlechterung des Stadtklimas, so das Urteil des Alpenvereins. Das Aufstauen führe zur Verschlammung des Flusses, wie man das bei anderen Kraftwerken, etwa jenem in Weinzödl, beobachtet habe.

„Wir bekennen uns zur Energieerzeugung aus regenerativen Quellen und zur sanften Nutzung der Natur. Das Projekt

bietet aber keine Verbesserung für diese Faktoren“, richtete der Alpenverein der ESTAG aus.

Vor allem die von der ESTAG immer gepriesene mit dem Kraftwerk verbesserte Freizeitnutzung sieht der ÖAV überhaupt nicht: „Die Freizeitnutzung wird in keiner Weise verbessert, ganz im Gegenteil ergeben sich Verschlechterungen. Durch die Schlammablagerung wird das Nutzen der Wasserbereiche für Freizeitaktivitäten unmöglich“, heißt es.

Und weiter: „Wenn mit der Errichtung der Staustufe auch eine nachhaltige Verringerung des Baumbestandes verbunden ist, so ist das auch aus ökologischer Sicht negativ zu beurteilen.“ Tatsächlich fallen bis zu 4000 Bäume – und können kaum ersetzt werden, weil dem Stausee der Platz an den Ufern zum Opfer fällt.

**GEORG KREISLER** und **BARBARA PETERS** lesen

»Anfänge« und »Zufällig in San Francisco« Ein Querschnitt

**Di, 7. Sept., 19 Uhr**

Eintritt: AK: 19 Euro, VVK: 15 Euro, Sozialticket: 10 Euro, Kartenres.: 0316/225931 Vorverk. im Zentralkartenbüro

**Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz**

»Zufällig in San Francisco« erscheint im Weibacher Verlag [www.weibacher.de](http://www.weibacher.de)

»Anfänge« erscheint im Atrium Verlag [www.atrium-verlag.com](http://www.atrium-verlag.com)

**KPÖ wirkt!**




Tel. (0316) 22 59 31  
oder 22 59 32

## VERANSTALTUNGEN DES KPÖ-BILDUNGSVEREINS

Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a.

**Dienstag, 7. September:** Lesung von Georg Kreisler und Barbara Peters; Volkshaus Graz; Beginn 19 Uhr; Kartenreservierung unter 0316/22 59 31, Vorverkauf im Zentralkartenbüro.

**Montag, 13. September:** Lesung von Erich Hackl aus seinem neuen Roman „Familie Salzmann“, KPÖ Bildungszentrum; Beginn 19 Uhr. Eintritt frei!

**Mittwoch, 15. September:** **PÖLLAU**

Film: „Let´s make money“ mit anschließender Diskussion mit Gemeinderat Jürgen Höfler und LAbg. Claudia Klimt-Weithaler; Gasthaus Schrank, Hinteregg 35, 8225 Pöllau; Beginn 19 Uhr. Eintritt frei!

**Freitag, 17. September:**

### EGGERSDORF

„Mea vulva, mea maxima vulva“ - Kabarett mit Irene S., Eröffnung: LAbg. Claudia Klimt-Weithaler; *Gasthof Niederleitner, Rabnitzstraße 25, 8063 Eggersdorf*; Beginn 19 Uhr. Eintritt frei!

**Dienstag, 21. September:** **GLEISDORF**

Film: „Let´s make money“ mit anschließender Diskussion. Eröffnung: LAbg. Claudia Klimt-Weithaler; *Hotel Brauner Hirsch, Fürstenfelder Straße 5 - 7, 8200 Gleisdorf*; Beginn 19 Uhr. Eintritt frei!

**Freitag, 25. September:** Film: „Heile Welt“. Regisseur Jakob M. Erwa (Diagonale-Preisträger 2007) ist anwesend. Eröffnung: LAbg. Claudia Klimt-Weithaler. *KPÖ-Bildungszentrum*; Beginn 19 Uhr. Eintritt frei!

## Kreisler und Hackl zu Gast im Bildungsverein

Am 7. September gastiert Georg Kreisler in Graz. Eine Woche darauf liest Erich Hackl aus seinem neuen Buch.

Kreisler, Jg. 1922, musste Österreich 1938 in Richtung USA verlassen. Ab Anfang der 1950er Jahre wirkte er dort als Autor, Komponist und Sänger von makaberen Chansons. Am 7. September gibt es im Volks-

haus Graz Gelegenheit zur Begegnung mit Georg Kreisler bei einer Lesung aus seinem Ende August im Zürcher Atrium-Verlag erscheinenden Buch „Anfänge. Eine literarische Vermutung“. Barbara Peters, Schauspielerinnen und Ehefrau Kreislers, sekundiert.

Knapp eine Woche später, am 13. September, beehrt Erich Hackl das Haus in der Lagergasse. Mit im Gepäck:

der erst im September bei Diogenes erscheinende Titel „Familie Salzmann. Erzählung aus unserer Mitte“. Hackl – u.a. als Übersetzer Eduardo Galeanos und Autor zahlreicher Bücher (Auroras Anlass, Sara und Simón, In fester Umarmung...) bekannt – erzählt in „Familie Salzmann“ eine Familiengeschichte über drei Generationen – über 100 Jahre und unsere Gegenwart.

## BUCHTIPP BAD FUCKING

Kurt Palm hat mit der Krimi-Parodie „Bad Fucking“ eine Bursche vorgelegt, die großes Lesevergnügen bereitet. Wie Nestroy webt Palm jede Menge Zeitgeschehen in die Darstellung ein. Etwa die Bereitschaft von Bürgermeistern, sich in undurchsichtige Transaktionen verwickeln zu lassen, die im Zuge der Finanzkrise notleidend werden.

Kurt Palm, *Bad Fucking – Eine Provinz-Polit-Krimi-Groteske*, Residenz Verlag, 280 Seiten, Preis: 21,90 Euro



**Typisch steirisch:**



**Stur für Gerechtigkeit.**

Liste 3: **Echtrot**  
Claudia Klimt-Weithaler

**KPÖ wirkt!**

**VORSCHAU**  
Neutralitätsfeiertag  
Sa. 23. Oktober  
mit dem  
**Triestiner**  
**Partisanenchor**  
im Volkshaus Graz

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Bibliothek: KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz Lagergasse 98a  
Tel. (0316) 22 59 31 oder 22 59 32



**JAKOMINI**

**Alte Stadtpläne**

Bei manchen GVB-Wartehäuschen hängen alte Stadtpläne mit Buslinien, die es lange nicht mehr gibt oder wo neue Verbindungen mit Bus und Bim nicht ersichtlich sind; wie z.B. in der C.v.H.-Straße, Haltestelle Steyergasse. „Die Fahrgäste müssen sich auf die Informationen im GVB-Wartehäuschen verlassen können“, so KP-Gemeinderat Andreas Fabisch, der an die GVB appelliert, die Haltestellen-Infos rasch zu aktualisieren.



**ST. LEONHARD**



**Neuer Dietrichsteinplatz**

Bei der Neugestaltung der Reitschulgasse wurde der Autoverkehr über den Taxistand umgeleitet; dieser wanderte zur Haltestelle der Linie 3. Diese provisorische Verkehrslösung zeigt deutlich, dass sie gut umsetzbar ist: „Der Platz von der grünen Verkehrsinsel bis zu den Restaurants am östlichen Dietrichstein-

platz könnte verkehrsberuhigt für eine gemeinsame Haltestelle der Linien 3 und 6 verwendet und der Autoverkehr außen herum geführt werden“, schlägt KP-Gemeinderat Manfred Eber vor. „Mit der Gleissanierung am Dietrichsteinplatz hätte man besser auf die Umgestaltung des Dietrichsteinplatzes warten sollen, die dringend begonnen werden muss.“

**LEND**



**Baum gefällt**

In der Wienerstraße ist gegenüber der Löwenapotheke eine große Platane der Säge zum Opfer gefallen. KP-Bezirksrat Christian Carli fragte bei den Wirtschaftsbetrieben nach dem Grund: „Laut Auskunft der Wirtschaftsbetriebe war der Baum abgestorben und musste gefällt werden. Aber man hat versichert, dass wieder eine Platane gepflanzt wird.“ Nur schade, dass es Jahre dauert, bis der Baum groß genug ist, um Schatten zu spenden.

**GRIES**



**Seniorenturnen**

Am 29. September startet das SeniorInnenturnen unter dem Motto „Wer rastet, der rostet“. Bis 1. Dezember findet es jeweils Mi. von 14 bis 15 Uhr im Karl-Drews-Klub, Lagergasse 98 statt. Die Einheit kostet 3 Euro. Telefonische Anmeldung beim Zentralverband der Pensionisten unter Tel. 71 24 80, Mo. bis Fr. zwischen 10 und 12 Uhr oder bei Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon unter Tel. (0664) 87 38 448.

**2. Siedlungsfest**

Das Stadtteilzentrum Triesterstraße veranstaltet am 4. September zwischen 15 und 20 Uhr das 2. Siedlungsfest. Es gibt Kinderbetreuung und Live Musik. Für das leibliche Wohl wird wieder bestens gesorgt! Eröffnung um 15 Uhr, Triesterstraße 66/ Ecke Auf der Tändelwiese durch Wohnungsstadträtin Elke Kahr und Gesundheitsstadtrat Karl-Heinz Herper. Mit dabei eine Präsentation der Ausstel-

lung des Jugendprojektes „lebens.wert“ sowie des Programms „Bunte Geschichte(n)“ zu Gesundheit und Wohlbefinden im Wohnumfeld. Alle sind willkommen!

**Platz der Begegnungen**

Die Bewilligungen für eine Neugestaltung des Platzes der freiwilligen Schützen als „Platz der Begegnungen“ wurden



erteilt. Die Modellentwicklung erfolgte in einem Kreativworkshop mit Schülerinnen und Schülern der Neuen Mittelschule St. Andrä und BezirksrätInnen.

„Dass die Ideen der SchülerInnen verwirklicht werden, ist besonders erfreulich“, so KP-Gemeinderätin Gerti Schloffer. Der Platz vor der Andrä-Schule wird ohne Autos ein Platz für Kinder und Eltern. „Als nächstes soll der Griesplatz zu einem Platz zum Wohlfühlen für alle Generationen werden“, kündigt Michaela Strapatsas, Projektleiterin des Pilotprojektes Gesunder Bezirk Gries, an.



**Klo auf Zeit**

Vorübergehend wurde nach Druck der Bevölkerung und von KP-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon im Oeverseepark wieder ein Hyclo-WC aufgestellt. Mit dem Ende der Spielbusaktion soll es aber wieder vorbei sein mit dem Klo-Gehen. Die Hyclo-Toiletten seien als Provisorium konzipiert, so die Liegenschaftsverwaltung. Tatsächlich steckt hinter der WC-Entfernung die Sparwut der schwarz-grünen Stadtregerer auf Kosten der Bevölkerung. Eine 60 Mio. Euro teure Touristen-Seilbahn durch die Stadt behauptet man aber bezahlen zu können...



## INNERE STADT



### Brunnen am Schloßbergplatz

Der Trinkwasserbrunnen am Schloßbergplatz ist fertig. Auf Initiative von Bezirksvorsteherin Haase und mit Unterstützung aller Fraktionen (auch der KPÖ im Gemeinderat) konnte hier eine Erleichterung für die Menschen geschaffen werden. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn der Bezirksrat sich nicht an den Kosten beteiligt hätte.



### Wintergastgärten

Die „Wintergastgärten“ sind durch eine Zeitung und durch die ÖVP zum Sommerthema gemacht worden. Franz Stephan Parteder, KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter unterstützt die Initiative der

Vizebürgermeisterin zur Begrenzung des umweltschädigenden Unfugs dieser „Heizschwammerl“: „Andererseits denkt man längst an Einschränkungen. Im Winter kann man auch in der warmen Stube sitzen.“

### Kein Durchgang

Nach Ladenschluss ist der Durchgang beim Kastner nicht mehr offen. Die Stadt Graz hat auf dieses Recht verzichtet. Die KPÖ hat im Gemeinderat gegen die Sperre gestimmt, weil man nicht alles den Geschäftsinteressen unterordnen darf.



## ANDRITZ

### Am Hauptplatz

Vor dem Brunnen am Andritzer Hauptplatz befindet sich ein „Infoterminal“, das seit langem kaputt ist. „Entweder setzt man das Info-Terminal wieder instand oder man entfernt es ganz, damit es nicht mehr zum Zielobjekt für Vandalen werden kann“, schlägt KP-Bezirksrätin Karin Reimelt vor.



## GEIDORF



### Naturdenkmal gerodet?

Das Stadtplanungsamt hat einen Bebauungsplan für den Bereich Körösstraße/Lange Gasse aufgelegt, der von den Anrainern stark kritisiert wird. Mitten über ein Na-

turdenkmal (der älteste Weinstock von Graz – ca. 200 Jahre alt) wird eine Straße gelegt, ein intakter Innenhof wird verbaut. Die KPÖ-Gemeinderäte Manfred Eber und Andreas Fabisch unterstützen die betroffenen Bewohner. Fabisch ist verwundert, dass Häuser in der Altstadt-Schutzzone im Plan nicht mehr schützenswert sind.

## LIEBENAU



### Skaterglück

Der Grazer Stadtsenat hat die Erweiterung des Bezirkssportplatzes Am Grünanger um eine Skateranlage genehmigt. 2000m<sup>2</sup> groß soll sie sein und selbst Profis eine Trainingsmöglichkeit bieten. „Bleibt zu hoffen, dass der Platz nicht in wenigen Jahren geflutet wird, um dem Murkraftwerk Puntigam Platz zu machen. Dieses

Schicksal droht auch dem Puchsteg, obwohl er erst vor kurzem saniert wurde“, macht KP-Bezirkssprecher Max Korp auf die Bedrohung durch die von der ÖVP forcierten ESTAG-Verbund-Kraftwerkspläne aufmerksam.

### Rodung am Neufeldweg?

Befürchtungen äußerten Anrainer am

Neufeldweg zuletzt über möglicherweise geplante Heckenrodungen oder Straßenverbreiterungen nach Erweiterung der Grünen Zonen durch die Stadt Graz. Laut Auskunft von Straßenamtsleiter DI Harald Hrubisek gab es zwar solche Überlegungen, man hat aber schließlich davon Abstand genommen.

Ärger gibt es trotzdem: „Die Einführung der Grünen Zone in dieser

Gegend hat überhaupt keinen Sinn“, bringt KP-Bezirkssprecher Max Korp die Problematik auf den Punkt, „Hier werden nämlich nur die Leute, die da wohnen zur Kasse gebeten. Sie brauchen jetzt eine Ausnahmegenehmigung. Auswärtige Parker sieht man hier so gut wie gar nicht, höchstens bei Fußballspielen“, macht Korp dem Ärger der Bevölkerung Luft.



## MARIATROST

### Sportplatzverlegung

Der Bezirkssportplatz beim Tannhof in Mariatrost wandert ein Stückchen den Berg hinunter. Weil die Diözese Seckau selbst Bedarf am Grundstück hat, gibt es seit letztem November einen neuen Vertrag mit der Diözese für das angrenzende Grundstück. Die Ausschreibung für die Errichtung eines Allwetter-Hartplatzes für Fuß- und Basketball sowie ein Rasenfeld für den Ballsport läuft.



## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 71 62 91 E-Mail: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)

### Schilling zurück?

In unserer letzten Ausgabe haben wir gefragt, ob der Schilling zurückkommen soll: 80 Prozent der Einsenderinnen und Einsender meinen, dass wir ohne Währungsunion besser dran wären! Hier einige Stellungnahmen:

*Wer stoppt den Crashkurs unserer herrschenden Gesellschaft? Macht und Geldgier bestimmen unsere Zukunft. Wie so oft in der Geschichte wurden wir wieder einmal betrogen.“*

Herr P., Tauplitz

*Ja, ja und wieder ja! Die damaligen Versprechungen von Fr. Ederer, jetzt sogar in den Siemens-Europavorstand gehievt, waren ein Flop. Die Schweiz zeigt es uns vor. Ihr seid die einzige Partei ohne Proporz und Abkassieren, Lug und Betrug! Weiter so! Für die kleinen, (sozial)Schwachen in unserem Österreich/Steiermark.*

Herr S., Bruck/Mur  
*Es wurde schon zu viel Geld an die EU verschwendet.*

Herr W., Graz

*Bitte den Schilling zurück!*

Frau P., Anger

*Euro ist nur möglich, wenn alle Länder das selbe System haben (Steuer, Soziales usw.).*

Herr S., Jagerberg

*Der Schilling wird uns jetzt nicht mehr helfen.*

Frau P., Graz

*Wir waren schon immer für den Schilling, rechnen auch heute noch um und wollen ihn wieder haben! Seit Einführung des Euro sind die Lebensmittel usw. derart teuer geworden, dass man kaum noch mit dem Geld auskommt!*

Frau L., Graz

### Schlechte Mindestsicherung

*Österreich verdient die Bezeichnung Sozialstaat mit dieser Mindestsicherung nicht! Einzelpersonen, die das neoliberale System „ausgespuckt“ hat, eigentlich alle, die nur 1000 Euro verdienen, sind, wenn sie arbeitslos werden, von der Mindestsicherung betroffen.*

Verein AMSEL

### Ein Dank an die KPÖ ist lange fällig!

*Vor gut zwei Jahren habe ich mich für eine Bekannte, die in Not geraten war, an die Caritas und die KPÖ gewandt. Es ging um den Hilferuf einer alleinerziehenden Mutter, die als Kellnerin in den Wintermonaten immer wieder Arbeitslosengeld beanspruchen musste. Da sie mit zwei Monatsmieten im Rückstand war, stand sie vor der Delogierung.*

*Durch Ihre Hilfe und die der Caritas konnte dies verhindert werden. Die Frau hat sich inzwischen finanziell erholen können. Zwei ihrer Kinder haben die Lehre abgeschlossen, sie selbst hat einen besseren Job, und die*

*Hoffnung ist berechtigt, dass sie nie wieder in so eine Situation kommen wird. Sie haben sehr geholfen. DANKE!*

Christine Schafschetzy-Kisovic, Greisdorf

### Verlust an biologischer Vielfalt

*Bis 2010 sollte der weltweite Verlust an biologischer Vielfalt, in erster Linie das Artensterben, deutlich gebremst sein. So lautete ein 2002 vereinbartes Ziel der von 191 Mitgliedsstaaten getragenen Biodiversitätskonvention (CBD). Aus dem Ziel ist nichts geworden. Vögel, Amphibien, Korallen, Säugetiere – der Artenschwund ist überall ungebremst.*

*Wir alle sollten bemüht sein, die Umwelt zu schonen und zu schützen und die Artenvielfalt zu bewahren.*

Ing. Harald Schober, Weiz

### Kasematten – trocken oder doch nass?

*Wenn man eine Veranstaltung auf den Kasematten besuchen möchte, so muss man sehr darauf hoffen, dass es nicht regnet.*

*Seit Drehung der Bühne – vielen Dank an den Initiator dieses Schwachsinn – befinden sich die teuren Plätze in einem Bereich, wo es bei starken Regenfällen hereinregnet. Sogar die Kostüme der Darsteller werden nass, hoffentlich hält es die Technik und die Bühne auf Dauer aus. Für einen Preis von 58,50 Euro (die Veranstaltung war dies auf alle Fälle wert) kann man sich aber einen trockenen Platz erwarten, denn schließlich und endlich ist dies keine Open-Air-Veranstaltung.*

Frau Weber, Graz

## Jagd auf Dicke?

Die Dicken sind europaweit „im Vormarsch“, das heißt eine zusehends finanzielle Belastung für das Gesundheitssystem. Politiker in Europa haben eine Jagd auf Dicke in Gang gesetzt und Vorschläge gemacht, die eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge für Übergewichtige verlangten. Ich habe 118 Kilogramm und gehöre zu dieser „Risikogruppe“.

Was sagt unser Sozialminister Hundstorfer zu dieser Debatte: Er könne sich Präventivmaßnahmen vorstellen, aber nicht unbedingt höhere Krankenkassenbeiträge für Dicke.

Sonst gibt's keine Probleme. Viele Politiker machen uns auch krank, man sollte von ihnen höhere Beiträge verlangen. Diese Jagd auf Dicke ist diskriminierend.

Denkt auch mal darüber nach, dass die Lebenserwartung von Armen im Durchschnitt zehn Jahre unter der von Reichen liegt.

Wolfgang Gottinger



**Wir verraten euch nie!**

## GRAZER Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61 E-Mail: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at) // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



## BERATUNG für SINGLES

*Sie leben noch nicht in einer dauerhaften und erfüllten Liebesbeziehung? Ich begleite Sie dabei, den Ursachen dafür auf den Grund zu gehen und eine Neuausrichtung in die Wege zu leiten.*

**Andrea Ofner**  
Dipl. Lebensberaterin,  
Tel. 0699 19 111 580  
E-Mail: [beratung@andrea-ofner.at](mailto:beratung@andrea-ofner.at)  
[www.andrea-ofner.at](http://www.andrea-ofner.at)

**KPÖ**  
wirkt

**KLEINANZEIGEN**

**Möbel gesucht**

Der Verein Omega sucht dringend kostenlose Möbel und Einrichtungsgegenstände für Kinderzimmer, Schlafzimmer und Wohnzimmer. Außerdem wird um die Spende von Geschirr, Babybekleidung und Kinderwägen gebeten. Bitte um Anruf bei Omega: Tel.: (0316) 77 35 54, Durchwahl 10 oder 11, montags zwischen 11 und 14, dienstags zwischen 10 und 15 oder mittwochs zwischen 9 und 13 Uhr, Frau Pahlevan.

**Gratis-Dachziegel gesucht**

Eternit Dachziegel (Leichtdach) ca. 300 m<sup>2</sup> GRATIS gesucht – Gratisabbau der Dachziegel möglich; Tel. 0664 / 43 42 635.

**Arbeit gesucht**

Suche ab Mitte Oktober geringfügig oder für 25-30 Stunden **Arbeit im Büro** oder Ordination. Langjährige Büroerfahrung, beste Umgangsformen mit Menschen, sowie sehr gute EDV-Kenntnisse vorhanden! Tel. 0699 / 145 38 228.

**Hilfsangebot**

Freundliche und rüstige ältere Dame bietet ihre Hilfe bei verschiedenen Tätigkeiten im Haushalt für Familien und ältere Personen an (z.B. bügeln, verschiedenste Besorgungen, Arztbesuche, spazieren gehen, Versorgung von Tieren). Anrufe erbeten unter Tel. 0664 / 89 17 414 ab 17 Uhr.

**E-Bike**

Elektro-Fahrrad günstig abzugeben. Tel: (03117) 25 255, nur abends.

**Wohnung gesucht**

Familie sucht dringend günstige 2-Zimmer-Wohnung (60 - 70 m<sup>2</sup>) in Graz, Tel. 0664 / 272 6484

Dringend! 2-3 Zimmerwohnung im Bezirk Gries gesucht, max. Miete inkl. BK € 600,- Tel: 0664/ 52 84 511

**Wohnwagen**

Wohnwagen für 2 Kinder und 2 Erwachsene gesucht, mind. 4 m Aufbau, bis 4500 Euro. Tel. 0664 / 79 83 414, Hr. Schweighofer.

**Inventar gesucht**

Das Stadtteilzentrum Triesterstraße sucht **Gebrauchsgeräte**: Zwei E-Herde, einen Kühlschrank, eine Spüle mit Armatur. Außerdem sucht man Fahrräder (Herren-, Damen-, Kinderräder) zum Verleihen für die BewohnerInnen, Winterbekleidung (warme Jacken und Mäntel, Eislaufschuhe, Ski etc. Kontakt unter Tel. 27-31-12, Mo: 15 - 19, Do: 10 - 14, office@stadtteilzentrum-graz.at

**AMSEL-Stammtisch für Arbeitslose**

Möglichkeit für Menschen ohne bezahlte Arbeit, sich mit ihresgleichen zu treffen + auszutauschen: **Donnerstags (werk- + 14-tägig) um: 17 Uhr im: CAFE SORGER (I. Stock), Südtirolerplatz 14**

**0681 / 102 703 42**  
www.amsel-org.info



**KPÖ-Sozial-0316/877 5102 telefon**  
**Helfen statt reden. Mit Rat und Tat!** **KPÖ wirkt!**  
Wir beraten Sie gerne.  
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...  
**Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.**

**TIERECKE**



**Odin** ist ein Meer-schweinchen, männlich, kastriert, wurde in einer Schachtel ausgesetzt.



**Milli** weiblich, sterilisiert, hatte bereits Junge bei uns, geb. Juli 09, wegen Umzug hat sie ihr Heim verloren.



**Hercules** ist ein einjähriger Rattenbock, der ausgesetzt wurde.



**Teddy und Tabsy** sind Chinchilla-Brüder, geb. 2010, total zutraulich, aber nur an Kenner!



**Sandy** ist sterilisiert und hatte bereits Junge, die alle schon vermittelt wurden. Nur sie wartet noch.



**Langhaarschäfer-Rüde Larus** (4), kastriert, mit Papieren, wurde aus beruflichen Gründen abgegeben.

**UNITE Festival** Jugend & Kultur  
MUSIK · FILM · THEATER · DISKURS · PARTY  
++ GRAZ, VOLKSGARTEN, 17.-18. SEPTEMBER ++  
Binder & Kriegstein (A) Microphone Mafia (D) Hella Comet (A)  
Khuda (UK) Belgrade Noise (SRB) Spring and the Land (A)  
Hozan Diyar (TR/D) The Drain (CZ) Cooler Istanbul (A)  
Ras-lan-ti (D) Mussin Omurca (D) u.a.  
++ GRAZ, 14.-18. SEPTEMBER ++  
Ausstellung - Theater - Film - Tagung  
EINTRITT FREI! [www.jurus.at](http://www.jurus.at)

**Treff am Grünanger**  
„Z'ammkumman, Austausch, Beisammensein“ – unter diesem Motto steht das gemütliche Treffen bei Kaffee und Kuchen! **Jeden Donnerstag von 14 Uhr bis 15:30 Uhr in der Andersengasse 34, Am Grünanger.**  
Veranstaltet vom SMZ Liebenau, Tel. 42 81 61.

Landtagswahl 26. September  
**Keine Angst! – wähl!**



Einladung zum Volkshausfest am 11. September

IG IN 81 RANCA

# Musik, Genuss und beste Stimmung

**Das traditionelle Volkshausfest am 11. September ab 15 Uhr in der Lagergasse 98a steht wieder für Super-Unterhaltung für die ganze Familie. Dafür sorgen sieben Bands, ein Kinderprogramm, Speis und Trank. Lassen Sie sich das nicht entgehen!**

Die Ferien gehen zu Ende – mit einem Höhepunkt: Am Samstag, 11. September – steht das Volkshausfest am Programm. Ab 15 Uhr geht es im Volkshaus, Lagergasse 98a, rund.

Es gibt wie immer großartige Musik – dafür hat Programm-Macher Lothar Lässer gesorgt. Den Startakkord setzt ab 15 Uhr diesmal das „**Vesna Petkovic Trio**“, bei dem Balkan-Musik auf Jazz trifft. Die musikalische Symbiose endet damit, dass traditionelle, beseelte Lieder in neue Sphären getragen werden.

„**Sosamma**“ – „So sind wir“ – nennt sich der stimmgewaltige Frauenchor mit Sängerinnen aus vielen Ländern. Ihr Repertoire stammt aus dem Liedgut ihrer Herkunftsländer. „Eine“ starke Stimme der Frauen in Graz.

Die „**Full Supra Band**“ steht für Liebe zur Nostalgie und beglückt die Zuhörer mit Ohrwürmern aus den 1950er und 60er-Jahren. Dazu kommt der Spaß an oft kuriosestem Liedgut sowie die

Auseinandersetzung mit genial Banalem – aber auch banal Genialem.

Das „**Orkestar Dr. Gruja & Friends**“ ist in Serbien bereits eine Legende. Beim Volkshausfest spielt es zum ersten Mal in Österreich „Kafarna-Musik“ der Vojvodina – serbische Volksmusik, gewürzt mit Schlagern und internationaler Unterhaltungsmusik.

Ab 21 Uhr ist zuerst das „**Peter Rom Trio**“ am Werk. Die Mannen um Top-Gitarrist Peter Rom setzen auf feine Klänge und musikalische Visionen zwischen Jazz und Indie-Rock.

Ganz anders daher kommt „**Mašina**“ – nämlich für das beste im Mann. Mašina will die wahrscheinlich längste und zarteste Versuchung sein. „Ja! natürlich, es ist verdammt hart, aber draufbeißen und durchatmen, einsteigen und aufsteigen“, lässt das Trio wissen.

„**Binder & Krieglstein**“ stecken Volksmusik und Punk

unter einen Hut, vereinen das Rohe und Wilde und stampfen den Pogo, dass es niemand auf den Sitzen hält.

Und dann gibts noch **BJ Nevenko**, der guten Dub und östliche World-Musik miteinander tanzbar vereinigt.

Dazu gibt es Speis, Trank, ein tolles Kinderprogramm und die traditionelle Tombola mit Elke und Ernest. Wer nicht kommt, versäumt etwas!

## Super-Gruppen

### ECHTE MUSIK

beim Volkshausfest 2010:

**Peter Rom Trio:** Gitarrenmusik von Jazz bis Indie-Rock  
**Mašina:** für das Beste im Mann

**Full Supra Band:** Nostalgie aus den 1950er und 60ern

**Orkestar Dr. Gruja & Friends:** Kafarna-Musik beim ersten Auftritt in Österreich

**Binder & Krieglstein:** Symbiose aus Volksmusik und Punk

**Sosamma:** Stimmgewaltiger Grazer Frauenchor

**Vesna Petkovic Trio:** Balkan trifft Jazz



Vesna Petković Trio



Peter Rom (oben): Jazz bis Indie Rock  
Ernest Kaltenegger und Elke Kahr  
(unten): Tombola.

Sosamma, „So sind wir“, eine chorgewaltige Stimme der Frauen in Graz



11. Sept: Komm zum Volkshausfest!

Binder & Krieglstein spielen Super-Musik ebenso wie Mašina und viele andere beim Volkshausfest.

